

Die Legende ist zählebig. Hitler, so lautet sie, habe nach der Machtergreifung sofort energische Maßnahmen ergriffen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, und damit binnen kurzem beachtliche Erfolge erzielt. Christoph Buchheim, einer der renommiertesten deutschen Wirtschaftshistoriker, widerlegt diese apologetische Sicht: Die Konjunktur sprang bereits vor dem 30. Januar an, außerdem griffen die von den Vorgängerregierungen eingeleiteten Arbeitsbeschaffungsprogramme, während die Regierung Hitler viel zu spät und viel zu halbherzig tätig wurde, um den Aufschwung in nennenswertem Maße beeinflussen zu können. Schließlich räumt Buchheim auch mit der Vorstellung auf, der Arbeiterschaft sei es nach 1933 rasch besser ergangen. Noch 1938 war beim Nettolohn das Niveau von 1928 nicht erreicht.

Christoph Buchheim

Das NS-Regime und die Überwindung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland

Das zeitliche Zusammentreffen des Antritts des NS-Regimes und einer bald danach für die breite Öffentlichkeit spürbar werdenden raschen Verminderung der Massenarbeitslosigkeit wurde von der zeitgenössischen Propaganda begierig genutzt und umstandslos in eine Kausalbeziehung umgedeutet. Dementsprechend ist die Erholung der deutschen Volkswirtschaft von der tiefen Krise der Jahre vor 1933 als Ergebnis der Wirtschaftspolitik der neuen Regierung interpretiert worden, was durchaus überzeugend erschien. Ein Großteil der Zustimmung, die das Regime für seine Politik in der Bevölkerung und selbst in Arbeiterkreisen erfuhr, beruhte zweifellos auf dieser unbestreitbar erscheinenden Leistung. Das galt umso mehr, als der wirtschaftliche Aufschwung bald in eine während der gesamten zwanziger Jahre nicht erlebte konjunkturelle Boomphase mit Voll-, ja Überbeschäftigung einmündete, die, auch im Vergleich zur Entwicklung in anderen Ländern, geradezu als ein „Wirtschaftswunder“ erschien. Allerdings gab es schon bei den Zeitgenossen durchaus nachdenkliche Stimmen. Vor allem Beobachter aus dem Ausland wiesen auf zunehmende Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands hin, die auf Dauer eine massive Bedrohung für deren Stabilität darstellten¹. Ebenso wurde der bei oberflächlicher Betrachtung sich aufdrängende Eindruck, in NS-Deutschland sei bereits vor der Veröffentlichung von John Maynard Keynes' Theorie einer staatlichen Vollbe-

¹ Vgl. das trotz seines Titels sehr kritische Buch von Hans E. Priester, *Das deutsche Wirtschaftswunder*, Amsterdam 1936, vor allem aber auch die im Folgenden wiederholt herangezogenen Berichte amerikanischer diplomatischer Vertretungen in: Deutschland (Germany, Internal Affairs, 1930–1941. Confidential U. S. State Department Central Files [Microfilm], Frederic/MD 1984). Dieser Beitrag stellt eine stark überarbeitete und erweiterte Fassung des öffentlichen Vortrags dar, den der Autor im Januar 2007 als Stipendiat des Historischen Kollegs (München) in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehalten hat.

schäftigungspolitik im Jahr 1936 höchst erfolgreich eine solche betrieben worden, bereits Ende der dreißiger Jahre in Frage gestellt².

Obwohl in den vierziger und fünfziger Jahren noch einige klarsichtige Analysen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik in der Vorkriegszeit publiziert³ und auch später einzelne Aspekte der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Dritten Reich der dreißiger Jahre kritisch analysiert worden sind⁴, scheint in der Öffentlichkeit und in allgemein-historischen Werken bis heute eher eine Sicht der wirtschaftspolitischen Leistung des Regimes zu dominieren, die in ihrer positiven Konnotation auf die NS-Propaganda zurückgeht⁵. Eine solche Sichtweise muss jedoch als definitiv falsch zurückgewiesen werden. Gerade in den letzten Jahren ist nämlich die Wirtschaftspolitik im Dritten Reich erneut Gegenstand intensiver Forschungen geworden, die insgesamt eine völlig andere Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung der NS-Zeit noch untermauert haben. Es bestätigte sich, dass die Beschäftigungspolitik des Regimes weder besonders keynesianisch geprägt, noch ihr Ergebnis so spektakulär war, wie vielfach angenommen wird⁶. Auch ist nicht erst durch sie der Wiederaufschwung herbeigeführt worden, der sich im Übrigen ohne Hitler wohl ebenfalls fortgesetzt hätte⁷. Außerdem sind die von der

² Vgl. Costantino Bresciani-Turroni, The "Multiplier" in Practice. Some Results of Recent German Experience, in: Review of Economic Statistics 20 (1938), S. 76–88.

³ Eine ausgezeichnete, heute jedoch weitgehend vergessene Studie ist Samuel Lurie, Private Investment in a Controlled Economy. Germany 1933–39, New York 1947; vgl. auch René Erbe, Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933–1939 im Lichte der modernen Theorie, Zürich 1958.

⁴ Das gilt etwa für bestimmte, eher soziale Sachverhalte in den Mittelpunkt rückende Untersuchungen, z. B. Tilla Siegel, Lohnpolitik im nationalsozialistischen Deutschland, in: Carola Sachse u. a., Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982, S. 54–139; Rüdiger Hachtmann, Industriearbeit im „Dritten Reich“. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933–1945, Göttingen 1989; Günter Morsch, Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37, Frankfurt a. M. 1993.

⁵ Erstaunlich genug ist, dass Sebastian Haffner Ende der siebziger Jahre die Entwicklung im Dritten Reich als „Wirtschaftsblüte [...] ohne Inflation“ gepriesen und NS-Deutschland gar als „Wohlstandinsel“ bezeichnet hat (Anmerkungen zu Hitler, München ²1978, S. 38 f.); noch überraschender ist aber, dass kürzlich Hans-Ulrich Wehler (Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003), die eben zitierten Analysen ignorierend, „einen machtvollen Multiplikatoreffekt“ (S. 645) und „hohe Reallöhne“ (S. 709) diagnostizierte, allerdings aber auch die desaströsen Folgen des kurzlebigen „Wirtschaftswunders“ betonte. Siehe auch Götz Aly (Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005), der noch und gerade für die Zeit des Krieges vom „materiell üppigen Sein“ der Masse der deutschen Bevölkerung spricht (S. 38).

⁶ Vgl. Albrecht Ritschl, Hat das Dritte Reich wirklich eine ordentliche Beschäftigungspolitik betrieben?, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2003/1, S. 125–140; ders., Deficit Spending in the Nazi Recovery. A Critical Reassessment, in: Journal of the Japanese and International Economy 16 (2002), S. 559–582. Besonders wichtig sind auch die von Ritschl neu bereitgestellten Daten; siehe ders., Deutschlands Krise und Konjunktur 1924–1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre, Berlin 2002, Anhang.

⁷ Siehe dazu Anmerkung 6 und Christoph Buchheim, Die Erholung von der Weltwirtschaftskrise 1932/33 in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2003/1, S. 13–26.

NS-Politik ausgehenden Belastungen des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten wieder in den Blickpunkt gerückt⁸ sowie bestimmte Regulierungstatbestände⁹ und spezifisch ökonomische Bedrohungen einer längerfristig gedeihlichen Wirtschaftsentwicklung¹⁰ deutlicher herausgearbeitet worden.

Der vorliegende Aufsatz greift einen Teil dieser Forschungsergebnisse auf, ergänzt sie stellenweise durch die Einbeziehung neuer Quellen und ordnet sie in eine Gesamtbetrachtung des Themas ein, die über das in der kürzlich erschienenen Darstellung der NS-Wirtschaft von Adam Tooze¹¹ hierzu vergleichsweise knapp Gesagte hinausgeht. Dabei wird im ersten Abschnitt noch einmal kurz die Frage des Krisenwendepunkts und des Beginns des Wiederaufschwungs im Jahr 1932 angesprochen. Danach wird in zwei längeren Teilen die wirtschaftliche Entwicklung speziell des Jahres 1933 und der Einfluss von Maßnahmen des NS-Regimes hierauf thematisiert, bevor die beiden Jahre 1934 und 1935 betrachtet werden, in die der Übergang in die Rüstungs- und Staatskonjunktur fiel. Abschließend wird darauf eingegangen, dass sich erste Anzeichen von Deformationen des Wirtschaftsaufschwungs in der Tat bereits sehr früh zeigten und in diesem Zusammenhang auf die Investitionstätigkeit der Industrie, die Staatsausgaben sowie die Sozialstaatlichkeit des Regimes und auf die Entwicklung des Lebensstandards der Arbeiterschaft verwiesen.

1. Der Wendepunkt der Weltwirtschaftskrise und der Beginn der konjunkturellen Wiederbelebung in Deutschland

Im Dezember 1932 wurde in einer Publikation des Instituts für Konjunkturforschung festgestellt: „Mit dem Jahr 1932 hat Deutschland die Krisis, die seine Wirt-

⁸ Vgl. die Untersuchung der Lebenshaltungskosten von André Steiner, Zur Neuschätzung des Lebenshaltungskostenindex für die Vorkriegszeit des Nationalsozialismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2005/2, S. 129–152, die Analyse der Entwicklung der Einkommensverteilung durch Fabien Dell, Top Incomes in Germany and Switzerland Over the Twentieth Century, in: Journal of the European Economic Association 3 (2005), S. 412–421, und Mark Spoerer, Demontage eines Mythos? Zu der Kontroverse über das nationalsozialistische ‚Wirtschaftswunder‘, in: Geschichte und Gesellschaft 31 (2005), S. 425–428, sowie den Hinweis auf weitere, sich negativ gestaltende Lebensstandardindikatoren bei Jörg Baten/Andrea Wagner, Mangelernährung, Krankheit und Sterblichkeit im NS-Wirtschaftsaufschwung (1933–1937), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2003/1, S. 99–123.

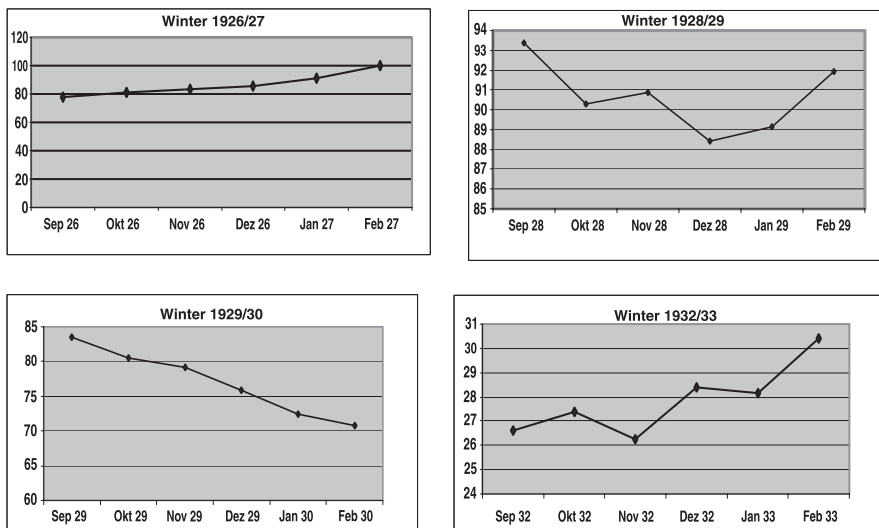
⁹ Vgl. Gerd Höschle, Die deutsche Textilindustrie zwischen 1933 und 1939. Staatsinterventionismus und ökonomische Rationalität, Stuttgart 2004; Michael Ebi, Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932–1938, Stuttgart 2004; Ulrich Hensler, Die Stahlkontingentierung im Dritten Reich, Stuttgart 2008; Jonas Scherner, Die Logik der Industriepolitik im Dritten Reich. Die Investitionen in die Autarkie- und Rüstungsindustrie und ihre staatliche Förderung, Stuttgart 2008; vgl. auch die einschlägigen Überblicksaufsätze in: Christoph Buchheim (Hrsg.), German Industry in the Nazi Period, Stuttgart 2008.

¹⁰ Auf eine ganze Reihe von Deformationen wurde hingewiesen in: Christoph Buchheim, Die Wirtschaftsentwicklung im Dritten Reich – mehr Desaster als Wunder, in: VfZ 49 (2001), S. 653–664, sowie zusammenfassend ebenfalls bei Christoph Buchheim, Introduction, in: Ders. (Hrsg.), German Industry, S. 11–26.

¹¹ Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007.

schaft bis in die Grundfesten erschütterte, im wesentlichen überwunden.“ Die Talsohle sei erreicht¹². In der Tat kann an dieser Feststellung kein Zweifel bestehen. Ja, es finden sich sogar Belege dafür, dass zu der Zeit, als Hitler die Regierung übernahm, nicht nur der Krisentiefpunkt erreicht, sondern auch die Erholung der Wirtschaft schon eingesetzt hatte. Das zeigt zum Beispiel die Entwicklung der Inlandsaufträge im Maschinenbau, wie in Abbildung 1 zu erkennen ist.

Abbildung 1: Inlandsaufträge im Maschinenbau in den Wintern 1926/27, 1928/29, 1929/30 und 1932/33 im Vergleich (Gleitende Dreimonatsdurchschnitte; 1928 = 100)



Quelle: Institut für Konjunkturforschung (Hg.), Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, Berlin 1935, S. 228; eigene Berechnungen

Zunächst sieht man, wie tief der inländische Auftragseingang in dieser Branche während der Weltwirtschaftskrise gefallen war. Lag dieser doch im Herbst 1932 bei nur etwa einem Drittel des Niveaus, das er sowohl im Herbst 1926 als auch im Herbst 1928, also gewissermaßen am Anfang und am Ende der Weimarer Hochkonjunktur, erreicht hatte. Das ist ein deutliches Indiz dafür, wie stark die Investitionstätigkeit in Deutschland während der Krise geschrumpft ist. In unserem Zusammenhang ist jedoch wichtiger, was sich aus dem Schaubild für das Wechselspiel von saisonaler und konjunktureller Komponente der wirtschaftlichen Entwicklung in den jeweils dargestellten Winterperioden herauslesen lässt. So erwies sich der konjunkturelle Aufschwung 1926/27 als so stark, dass im diesbezüglichen Diagramm (oben links) keinerlei negative Saisonkomponente, wie im Winter eigentlich normal, zu erkennen ist. Vielmehr hielt die Aufwärtsentwicklung bei den Inlandsaufträgen im Maschinenbau den ganzen Winter über an. Dagegen tritt im Winter 1928/29 (rechts oben) eine negative Saisonkomponente, wie

¹² Die Weltwirtschaft Ende 1932. Die Wirtschaftslage in Deutschland, in: Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung, 21.12. 1932, S. 151.

sie zu erwarten war, deutlich hervor: Der Auftragseingang sank im Herbst 1928 ab, und am Ende des Winters erholte er sich. Ganz anders wiederum verlief die Kurve der Auftragseingänge im Winter 1929/30, als die Weltwirtschaftskrise bereits begonnen hatte. Jetzt wurde die saisonale Erholung im Frühjahr durch eine mächtige negative Konjunkturkomponente überlagert, sodass die abwärts gerichtete Tendenz des Auftragseingangs nicht unterbrochen wurde. Der Unterschied zur Situation im Winter 1932/33 ist augenfällig, als, ähnlich wie 1926/27, die konjunkturelle Entwicklung den nach unten gerichteten Saisoneinfluss tendenziell nicht zur Geltung kommen ließ – ein ziemlich klares Signal dafür, dass eine konjunkturelle Erholung bereits vor dem Antritt des NS-Regimes eingesetzt hatte.

Wesentlich ist, dass es sich beim Auftragseingang im Maschinenbau um einen vorauseilenden Indikator handelt, der die konjunkturelle Entwicklung besonders frühzeitig anzeigt. Gerade solche Indikatoren eignen sich daher gut für die genaue Datierung von Wendepunkten. Das ist bei der Arbeitslosenziffer anders. Heute eindeutig ein der konjunkturellen Entwicklung nachhinkender Indikator, war dies damals, wegen eines viel weniger ausgebauten Kündigungsschutzes, noch nicht im gleichen Maß der Fall. Aber auch damals war die Arbeitslosenziffer mit Sicherheit kein Frühindikator. Insofern kann die Tatsache, dass die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Januar 1933 noch einmal, wie bereits im Januar 1932, die Grenze von sechs Millionen leicht überschritt, prinzipiell nicht als Beleg dafür gewertet werden, dass der Konjunkturaufschwung zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingesetzt hatte. Zudem wurde die Marke von sechs Millionen Arbeitslosen Anfang 1932 durchbrochen, als die konjunkturelle Entwicklung offenbar noch nach unten zeigte, während sie Anfang 1933 am Weg nach oben lag. Dafür spricht jedenfalls auch, dass sowohl im Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung wie in einem Bericht zur Konjunkturlage aus der Reichsbank konstatiert wurde, seit dem Spätsommer 1932 habe ein Abbau sogar der Arbeitslosigkeit begonnen, der allerdings, anders als bei den erwähnten beiden Frühindikatoren, von den saisonalen Einflüssen noch überdeckt worden sei¹³.

Dass eine konjunkturelle Erholung schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 eingesetzt hat, wird ebenfalls durch eine Art Geschäftsklimaindex belegt, der sich mit Hilfe von durch die Industrie- und Handelskammern vorgenommenen Einschätzungen der wirtschaftlichen Situation in einzelnen industriellen Branchen konstruieren lässt. Diese finden sich für den hier interessierenden Zeitraum gesammelt in den Berichten der staatlichen Reichskreditgesellschaft.

¹³ Vgl. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, in: Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung, 1. 3. 1933, S. 197; Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, R 2501/6576, Die Konjunkturlage Mitte November 1933, S. 6.

Tabelle 1: Deutschlands wirtschaftliche Lage im zweiten Halbjahr 1932 im Vergleich zum zweiten Halbjahr 1931

Industrie-zweig	Jahr	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
Chemie	1932	unverändert	verharrend	weiter ruhig	leicht belebt	ansteigend	weiter steigend
	1931	<i>schwierig</i>	<i>unverändert schlecht</i>	<i>weiter rückgängig</i>	<i>unübersehbar</i>	<i>unverändert</i>	<i>weiter ungünstig</i>
Elektro	1932	rückläufig	nicht gebessert	unbefriedigend	rückgängig	gehalten	leicht belebt
	1931	<i>schlecht</i>	<i>schlecht</i>	<i>unverändert</i>	<i>ungünstig</i>	<i>schleppend</i>	<i>schlecht</i>
Metall-waren	1932	zurückgehend	rückläufig	stagnierend	leicht belebt	weiter ansteigend	nachlassend
	1931	<i>rückläufig</i>	<i>ungünstig</i>	<i>weiter verschlechtert</i>	<i>unverändert ungünstig</i>	<i>rückläufig</i>	<i>nicht einheitlich</i>
Auto	1932	verhältnism. gut	weiter behauptet	verhältnism. stabil	befriedigend	befriedigend	verhältnism. günstig
	1931	<i>schwach belebt</i>	<i>stagnierend</i>	<i>rückgängig</i>	<i>verstärkt rückgängig</i>	<i>stockend</i>	<i>rückgängig</i>
Glas	1932	etwas gebessert	nachlassend	schwach	unbefriedigend	teilweise gebessert	teilweise belebt
	1931	<i>ungenügend</i>	<i>sehr schlecht</i>	<i>unverändert schlecht</i>	<i>schwierig</i>	<i>weiter verschlechtert</i>	<i>unbefriedigend</i>
Schuhe	1932	nachlassend	befriedigend	leicht gebessert	weiter ansteigend	anhaltend belebt	befriedigend
	1931	<i>befriedigend</i>	<i>nicht einheitlich</i>	<i>sehr still</i>	<i>leicht gebessert</i>	<i>gehalten</i>	<i>nachlassend</i>
Wolle	1932	rückgängig	teilweise gebessert	gehalten	teilweise belebt	ansteigend	teilweise gut
	1931	<i>ungünstig</i>	<i>sehr ruhig</i>	<i>sehr ungünstig</i>	<i>weiter rückgängig</i>	<i>anhaltend unbefriedigend</i>	<i>wenig einheitlich</i>
Baum- wolle	1932	sehr ruhig	nicht einheitlich	teilweise belebt	ansteigend	weiter belebt	leicht rückgängig
	1931	<i>unbefriedigend</i>	<i>besonders schwierig</i>	<i>weiter verschlechtert</i>	<i>sehr still</i>	<i>belebt</i>	<i>unbefriedigend</i>
Leinen	1932	leicht belebt	unverändert	stagnierend	belebt	belebt	anhaltend belebt
	1931	<i>stagnierend</i>	<i>schlecht</i>	<i>rückgängig</i>	<i>ruhig</i>	<i>etwas rger</i>	<i>belebt</i>
Seide	1932	nicht einheitlich	teilweise gebessert	belebt	ansteigend	teilweise gut	belebt
	1931	<i>befriedigend</i>	<i>rückgängig</i>	<i>stagnierend</i>	<i>etwas belebt</i>	<i>befriedigend</i>	<i>rückgängig</i>

Quelle: Reichs-Kredit-Gesellschaft AG, Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1932/33, S. 17.

In Tabelle 1, die einem dieser Berichte entnommen ist, sind für zwei Halbjahre diese Lagebeurteilungen zusammengestellt. Übersetzt man die in der Tabelle gebrauchten Begriffe in ein einfaches Schema mit den drei Bewertungen -1, 0 und +1 und summiert letztere auf, so ergibt sich das Bild von Tabelle 2, das die bisherige Analyse klar bestätigt.

Tabelle 2: Geschäftsklimaindex für Deutschland 1931–1933

1931	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
-1	6	7	8	6	4	7	5
0	1	2	2	2	3	2	3
+1	3	1	2	2	3	1	2
Summe	-3	-6	-8	-4	-1	-6	-3
1932	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	
-1	3	1	5	5	4	5	
0	5	7	3	3	2	2	
+1	2	2	2	2	3	3	
Summe	-1	+1	-3	-3	-1	-2	
1932	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
-1	2	3	2	0	2	2	
0	5	4	0	1	0	3	
+1	3	4	8	9	8	5	
Summe	+1	+2	+6	+9	+6	+3	
1933	Januar	Februar	März	April ¹	Mai	Juni	
-1	2	5	2	1	4	0	
0	3	3	2	2	1	4	
+1	5	2	6	6	8	6	
Summe	+3	-3	+4	+5	+7	+6	
1933	Juli	August ¹	September	Oktober	November		
-1	1	2	3	1	1		
0	0	1	2	4	1		
+1	9	6	5	5	8		
Summe	+8	+4	+2	+4	+7		

¹ Für eine Branche fehlt die entsprechende Angabe in diesen Monaten.

Quellen: Reichs-Kredit-Gesellschaft AG, verschiedene Berichte.

Nach der fast durchweg äußerst trostlosen Situation im zweiten Halbjahr 1931, als durch die Bankenkrise vom Juli die negative wirtschaftliche Entwicklung noch einmal massiv verschärft worden war, stabilisierte sich die Lage im Sommer 1932. Die Krise hatte ihren Tiefpunkt erreicht, aber einige Monate lang ging es noch nicht eindeutig aufwärts. Seit September allerdings zeichnete sich überraschend klar eine relativ starke konjunkturelle Erholung auch im Geschäftsklima ab, die bis einschließlich Januar 1933 anhielt. Ab März 1933 setzte sie sich dann kontinuierlich und kräftig fort.

Festzuhalten bleibt demnach, dass es nicht die Konjunkturpolitik des NS-Regimes war, die den Beginn des Wiederaufschwungs der deutschen Wirtschaft aus der Depression bewirkt hat. Dieser war vielmehr seit fast einem halben Jahr im Gange, als Hitler Ende Januar 1933 zur Macht kam. Zudem war er so stark, dass bei verschiedenen Indikatoren die negativen Saisoneinflüsse des Winters sogar überkompensiert wurden. Das NS-Regime hatte also konjunkturellen Rückenwind bei seinen Bemühungen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Im Übrigen war in den meisten anderen Industrie- und in vielen überseeischen Rohstoffländern der Schrumpfungsprozess der Wirtschaft im Laufe des Jahres 1932 ebenfalls an ein Ende gelangt. Nach Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung hatte die Weltindustrieproduktion schon zwischen Sommer 1932 und Anfang 1933 um rund sieben Prozent zugenommen, und sie stieg im ersten Halbjahr 1933 um mehr als 20 Prozent weiter an. In den USA, die, wie Deutschland, von der Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen worden waren, erhöhte sich der Output der Industrie zwischen Mitte 1932 und Mitte 1933 gar um die Hälfte und damit viel stärker als in Deutschland¹⁴.

2. Die Fortsetzung des Aufschwungs im Jahr 1933 und die Maßnahmen der Regierung

Es wäre allerdings ein Irrtum zu glauben, die Verminderung der Arbeitslosigkeit sei von Anfang an Hitlers oberste Priorität gewesen¹⁵. Sein eigentliches Ziel war vielmehr die „Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes“¹⁶. Schon Anfang Februar 1933, wenige Tage, nachdem er Reichskanzler geworden war, sprach er in einer internen Rede vor hohen Offizieren der Reichswehr davon, die Arbeitslosigkeit durch eine „groß angelegte Siedlungspolitik, die eine Ausweitung des Lebensraums des deutschen Volkes zur Voraussetzung hat“, überwinden zu wollen, und zwar „mit bewaffneter Hand“. Die einzige Alternative, um die Beschäftigung dauerhaft zu steigern, sei „Export auf [sic!] jeden Preis und mit jedem Mittel“, was Hitler ohne weiteren Kommentar verwarf. Und von Arbeitsbeschaffungs-

¹⁴ Vgl. Die Wirtschaftslage im Ausland, in: Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung, 21. 12. 1932, S. 152–155; Die Industrieproduktion der Welt, in: Ebenda, 9. 8. 1933, S. 81 f.

¹⁵ Vgl. auch Tooze, *Ökonomie der Zerstörung*, S. 60.

¹⁶ Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/1: 30. Januar bis 31. August 1933, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard 1983, S. 50.

maßnahmen hielt er offenbar sehr wenig, denn er sagte bei dieser Gelegenheit ebenfalls: „All diese Wirtschaftspläne, die Kreditgewährung an die Industrie, die staatlichen Subventionen sind Unsinn.“¹⁷

Ein weiterer Grund für die Unwilligkeit Hitlers, sofort mit einem eigenen Konjunkturprogramm vorzupreschen, war aber wohl auch die auf seine Veranlassung von Reichspräsident Hindenburg für Anfang März angesetzte Neuwahl des Reichstags. Jedenfalls empfahl Hitler in einer im Februar 1933 stattfindenden Ministerbesprechung, in der Wahlpropaganda genauere Angaben über ein Wirtschaftsprogramm zu vermeiden. Die Regierung müsse 18 bis 19 Millionen Wählerstimmen hinter sich bringen. Es gebe jedoch kein Wirtschaftsprogramm, das die Zustimmung einer solch großen Wählermasse finden könne¹⁸.

Zudem hat es dem Regime möglicherweise überhaupt an innovativen Ideen gemangelt, wie die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen sei, seitdem im Sommer 1932 das mit dem Namen Gregor Strasser verbundene, umfangreiche „Wirtschaftliche Sofortprogramm der NSDAP“ zurückgezogen worden war¹⁹. Dies war jedenfalls der Eindruck von der Rede Hitlers zum 1. Mai, den der Geschäftsträger der amerikanischen Botschaft nach Washington übermittelte. Statt eines konkreten Wirtschaftsplans, wie es seine Anhänger wohl erwartet hätten, habe dieser nur die Umrisse eines solchen vorgestellt, dessen vier Punkte allesamt bereits von den Vorgängerregierungen vorgesehen und teilweise auch in Angriff genommen worden seien²⁰. Und etwa zur gleichen Zeit hieß es in einem Bericht des amerikanischen Generalkonsulats Berlin, dass die deutsche Regierung und die NSDAP über keinerlei Wirtschafts- und Finanzprogramm verfügten, sich vielmehr mit der Strömung treiben ließen, „auf günstige allgemeine Tendenzen hoffend, aus denen sie einen Nutzen ziehen könnten, und auf Gelegenheiten, die sich ihnen von Zeit zu Zeit böten“²¹.

Tatsächlich profitierten die Nationalsozialisten beträchtlich von die Konjunktur positiv beeinflussenden Entwicklungen, die ohne ihr Zutun zustande gekommen waren. Zum einen war dies, wie beschrieben, die spontane wirtschaftliche Belebung, die sich seit dem Herbst 1932 ergeben hatte. Zum anderen aber waren bereits von den Vorgängerregierungen verschiedene Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung ergriffen worden. Besonders erwähnenswert in diesem Zusammenhang sind das „Papen-Programm“ von Juni bzw. September 1932 in Höhe von etwa 300 Millionen RM, wovon ein Teil noch von Brüning für diesen Zweck vorgesehen

¹⁷ Andreas Wirsching, „Man kann nur Boden germanisieren“. Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933, in: VfZ 49 (2001), S. 546 f.

¹⁸ Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/1, S. 55; siehe auch Dieter Petzina, Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33, in: VfZ 15 (1967), S. 40 f.

¹⁹ Vgl. Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933–1945, Frankfurt a. M. ²1988, S. 42–49.

²⁰ Germany, Internal Affairs, 1930–1941, Film 27, U. S. Embassy Berlin an Secretary of State, The Nazis' economic program as announced by Hitler on May Day, 5. 5. 1933.

²¹ Ebenda, American Consulate General Berlin an Secretary of State, Developments in the economic and financial program of the German Government, 9. 5. 1933.

worden war, und das „Sofortprogramm“ Schleichers vom Januar 1933 im Umfang von 500 Millionen RM²².

Um die Verteilung der Mittel aus dem Sofortprogramm, das ja erst unmittelbar vor der Regierungsübernahme Hitlers beschlossen worden war, ging es denn auch in einer Sitzung des Ausschusses der Reichsregierung für Arbeitsbeschaffung am 9. Februar 1933. Nachdem Reichswehrminister Werner von Blomberg erklärt hatte, er könne im Haushaltsjahr 1933 nicht mehr als 50 Millionen Reichsmark zusätzlich verausgaben, schaltete sich Hitler in die Diskussion ein, indem er „die absolute Vorrangstellung der Interessen der Landesverteidigung bei der Vergabung öffentlicher Aufträge“ betonte. „Mit der Geringfügigkeit der vom Reichswehrministerium jetzt angeforderten Mittel könne er sich nur abfinden aus der Erwägung heraus, dass das Tempo der Aufrüstung im kommenden [Haushalts-]Jahr nicht stärker beschleunigt werden könne.“ Und er fügte hinzu, dass das Sofortprogramm besonders geeignet sei, „den Interessen der Wiederaufrüstung dienstbar gemacht zu werden“. Es ermögliche nämlich „am ehesten die Tarnung der Arbeiten für die Verbesserung der Landesverteidigung“²³.

Hitler wollte also sogar die bereits von den Vorgängerregierungen verabschiedeten Arbeitsbeschaffungsprogramme soweit wie möglich für die Aufrüstung umfunktionieren. Er ließ sich dabei von der Erkenntnis leiten, dass durch öffentliche Rüstungsaufträge, gewissermaßen als Nebeneffekt, ebenfalls die Beschäftigung gesteigert werden könne²⁴. Als daher Mitte März 1933 beschlossen wurde, die von der Regierung von Papen eingeführte, in Form von Steuergutscheinen auszubehaltende Prämie für die Neueinstellung von Arbeitskräften, die sich als wenig effektiv erwiesen hatte, wieder abzuschaffen, wurden dadurch frei werdende Mittel der Reichswehr zur Verfügung gestellt und dafür das Sofortprogramm um 100 Millionen RM aufgestockt²⁵.

Weitere Maßnahmen, deren potentiell positive Beschäftigungswirkungen zwar registriert und propagandistisch genutzt wurden, die jedoch ein anderes Primärziel verfolgten, waren die Befreiung aller neu zugelassenen Personenkraftwagen von der Kraftfahrzeugsteuer durch Gesetz vom 10. April 1933 sowie die Gründung eines Unternehmens, das in großem Stil Autobahnen bauen sollte, im Juni

²² Vgl. Jürgen Stelzner, Arbeitsbeschaffung und Wiederaufrüstung 1933–1936. Nationalsozialistische Beschäftigungspolitik und Aufbau einer Wehr- und Rüstungsindustrie, Diss., Tübingen 1976, S. 44–51; von den Vorgängerregierungen eingeführte Stützungsmaßnahmen für einzelne Branchen wurden ebenfalls aufrechterhalten, etwa die Subventionierung des Abbaus von Nichteisenmetallen. Vgl. Jonas Scherner, „Ohne Rücksicht auf die Kosten“? Eine Analyse von Investitionsverträgen zwischen Staat und Unternehmen im ‚Dritten Reich‘ am Beispiel des Förderprämienverfahrens und des Zuschussvertrags, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2004/2, S. 169 f.

²³ Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/1, S. 62 f.

²⁴ Vgl. ebenda, S. 62; Barkai, Wirtschaftssystem, S. 152.

²⁵ Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/1, S. 237. Gesetzlich geregelt wurde das allerdings erst Mitte Juli. Siehe auch Birgit Wulff, Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Hamburg 1933–1939. Eine Untersuchung zur nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, Frankfurt a. M. 1987, S. 46.

desselben Jahres²⁶. Beides war wesentlich motiviert durch den Wunsch Hitlers, die Motorisierung als einen Aspekt der Modernisierung Deutschlands voranzutreiben. Auch militärstrategische Überlegungen waren dabei lediglich zweitrangig²⁷. Charakteristisch war das außerordentlich große Interesse, das Hitler in einem Gespräch mit dem Geschäftsführer des Hafraba-Vereins²⁸ Anfang April 1933 dem Autobahnprojekt entgegenbrachte, in dem er auch anregte, anstatt lediglich einzelne Strecken sofort ein ganzes Netz zu planen und zu bauen²⁹. Und in einer bald danach stattfindenden Besprechung mit Verkehrsexperten wies er darauf hin, dass die existierenden Wege für Fuhrwerke angelegt worden seien und das Problem hinreichender Autostraßen, wenn der Kraftwagenbestand, was ihm offensichtlich als Zielmarke vorschwebte, drei bis fünf Millionen erreicht habe, nicht durch deren Verbesserung gelöst werden könne. Vielmehr müsse, „ebenso wie sich die Eisenbahn selbst Wege für ihre Schienenfahrzeuge gebaut“ habe, „jetzt der Kraftwagen seine eigene Straße haben“³⁰.

Das Ausbleiben von explizit der Arbeitsbeschaffung dienenden neuen Programmen sogar nach den Reichstagswahlen und der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes im März 1933, was durch die Verhaftung des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung Günther Gereke gewissermaßen noch einmal unterstrichen wurde³¹, machte offenbar nun auch Mitglieder der Regierung unruhig. Jedenfalls schrieb Reichsarbeitsminister Franz Seldte am 22. April an die Reichskanzlei, er sei der Meinung, dass die Regierung am 1. Mai, „dem Feiertage der nationalen Arbeit [,] durch eine programmatische Erklärung dem deutschen Volke bekannt geben muss, was sie zu tun gedenkt, um die Millionen feiernder Hände wieder in das Erwerbsleben einzugliedern“³². Kurz danach legte er ein umfangreiches Maßnahmenbündel zur Arbeitsbeschaffung vor³³. Jedoch führte auch diese Initiative zu nichts³⁴, und die Rede, die Hitler am 1. Mai hielt, war, wie bereits erwähnt, in der Frage der Arbeitsbeschaffung vage und phantasielos.

Der nach dem neuen nationalsozialistischen Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Fritz Reinhardt benannte erste eigentliche Arbeitsbeschaffungsplan der NS-Regierung, das (Erste) Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, wurde nicht vor dem 1. Juli 1933 verabschiedet³⁵. Für unmittelbare Arbeitsbeschaffung

²⁶ Vgl. Leo Grebler, Die deutsche Arbeitsbeschaffung 1932–1935, in: Internationale Rundschau der Arbeit 15 (1937), S. 419 f.

²⁷ Vgl. Hansjoachim Henning, Kraftfahrzeugindustrie und Autobahnbau in der Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus 1933 bis 1936, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 65 (1978), S. 217–242.

²⁸ Der „Verein zur Vorbereitung der Autostraße Hansestädte-Frankfurt-Basel“ setzte sich bereits seit den 1920er Jahren für den Bau einer Nord-Süd-Autobahn quer durch Deutschland ein.

²⁹ Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/1, S. 306–311.

³⁰ Ebenda, S. 463 f.; vgl. auch Richard J. Overy, Cars, Roads, and Economic Recovery in Germany, 1932–8, in: Economic History Review 28 (1975), S. 469 u. S. 472.

³¹ Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/1, S. 248 f.

³² Ebenda, S. 402, Anm. 7.

³³ Vgl. ebenda, S. 400–415.

³⁴ Vgl. ebenda, S. 418, auch Anm. 10.

³⁵ Reichsgesetzblatt (RGBl) 1933 I, S. 323–329.

war hierin bis zu einer Milliarde Reichsmark vorgesehen, eine Summe, die im September noch einmal durch die Bereitstellung von mehr als 500 Millionen RM an Mitteln für Kapital- und Zinszuschüsse zu Umbau- und Instandsetzungsarbeiten an Wohnungen ergänzt wurde (Zweites Reinhardt-Programm)³⁶. Nun war sich auch Hitler, angesichts der Unmöglichkeit einer schnelleren Steigerung des Rüstungstempos, der Dringlichkeit reiner Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bewusst geworden, nicht zuletzt um der Stabilität seines Regimes willen. Ganz deutlich wurde dies im Herbst 1933, als er anlässlich der Beschlussfassung über das Zweite Reinhardt-Programm davon sprach, dass es „darauf ankomme, den Winter wirtschaftlich durchzustehen und die Zahl der Beschäftigten auf dem jetzigen Stand zu halten“. Und im Widerspruch zu seinen Äußerungen vom Anfang des Jahres fuhr er mit den Worten fort, „alle Maßnahmen, die getroffen würden, seien daher in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung zu betrachten“³⁷.

Innerhalb kurzer Zeit wurden vom NS-Regime ab Mitte 1933 also vergleichsweise hohe Summen für diesen Zweck neu bereitgestellt. Bis sie allerdings tatsächlich ausgegeben und damit beschäftigungswirksam geworden waren, vergingen mehrere Monate, da ja erst geeignete Projekte ausgewählt, beantragt und genehmigt werden mussten. Bei der Beurteilung der Arbeitsmarkt- und Konjunkturreffekte der Maßnahmen muss diese unvermeidliche Verzögerung berücksichtigt werden. In dieser Hinsicht ist Tabelle 3 aufschlussreich:

Tabelle 3: Die unmittelbare Arbeitsbeschaffung (Mill. RM)

Maßnahmen	Zeitpunkt der Verkündung	Gesamt-betrag	bis Ende 1933 verausgabt	im Jahr 1934 verausgabt	im Jahr 1935 verausgabt
vor Hitler	1. Papenprogramm	288	236	46	4
	2. Sofortprogramm	500	300	160	29
	3. Sonstige Maßnahmen	193	161	25	4
	4. Erweiterung des Sofortprogramms	100	50 ¹	50 ¹	–
Regierung Hitler	5. 1. Reinhardt-Programm	1.070	95	670	195
	6. 2. Reinhardt-Programm	832	–	465	210
	7. Sonstige Maßnahmen	10	10 ²	–	–
	8. Reich insgesamt	2.993	852	1.416	442
	9. Reichsbahn	991	530	461	–
	10. Reichspost	111	65	46	–
	11. Reichsautobahnen	647	8	194	148
	12. Reichsanstalt f. Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung	647	100	332	214
Gesamtsumme, davon: durch Regierung Hitler initiiert ³			1.555	2.449	804
			163	1.379	553

¹ Annahmegemäß sind den Jahren 1933 und 1934 aus der Erweiterung des Sofortprogramms je 50 Mill. RM zugerechnet worden.

² Annahmegemäß bereits 1933 verausgabt.

³ Inklusive Autobahn.

Quelle: Leo Grebler, Die deutsche Arbeitsbeschaffung 1932–1935, in: Internationale Rundschau der Arbeit 15 (1937), S. 423.

³⁶ Vgl. Stelzner, Arbeitsbeschaffung, S. 103–105.

³⁷ Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/2: 12. September 1933 – 27. August 1934, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard 1983, S. 745; vgl. Petzina, Hauptprobleme, S. 48.

Die Tabelle macht deutlich, dass von den 1933 ausgabewirksam gewordenen unmittelbaren Arbeitsbeschaffungsmitteln in Höhe von rund 1,5 Milliarden RM lediglich etwa ein Zehntel aus vom NS-Regime inaugurierten Programmen stammte. Wenn man für die Anstellung eines Arbeitslosen für ein Jahr Kosten von 2000 RM unterstellt³⁸, konnten mit der 1933 insgesamt ausgezahlten Summe zwischen 700.000 und 800.000 Arbeitskräfte ein Jahr lang beschäftigt werden, davon aber nur gut 80.000 in direkten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die von der Regierung Hitler veranlasst worden waren, und 4000 beim Autobahnbau, der 1933 mit gewaltigem Pomp begonnen worden ist³⁹. Das war angesichts von vielen Millionen Arbeitslosen wahrhaftig nur ein Tropfen auf den heißen Stein! Ja, wegen des langen Zuwartens des Regimes bis zur Verabschiedung seines ersten eigenen Programms unmittelbarer Arbeitsbeschaffung ging im Winter 1933/34 die Zahl der Beschäftigten in öffentlichen Arbeitsbeschaffungsvorhaben, bei denen, was vielfach der Fall war, von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, ergänzende Zuschüsse gewährt wurden, vorübergehend sogar um 30 Prozent zurück⁴⁰.

Nicht besser sah es um die Beschäftigungseffekte der ebenfalls im Ersten Reinhardt-Programm beschlossenen Ehestandsdarlehen aus. Diese wurden in Höhe von maximal 1000 RM an Neuvermählte in Form von Bedarfsdeckungsscheinen vergeben, die zum Kauf von Möbeln und sonstigem Hausrat verwendet werden konnten. Die Darlehen waren unverzinslich, mussten aber praktisch von Anfang an mit einem Prozent pro Monat wieder getilgt werden; allerdings wurde gemäß einer ebenfalls noch im Juni 1933 in Kraft getretenen Durchführungsverordnung für jedes eheliche Kind ein Viertel der Summe erlassen. Die Darlehensvergabe war jedoch außer an die Eheschließung noch an weitere Bedingungen geknüpft. Die künftige Ehefrau musste zwischen Mitte 1931 und Mitte 1933 mindestens ein halbes Jahr lang einer bezahlten Beschäftigung nachgegangen sein, sie musste diese aufgeben und sich verpflichten, bis zur restlosen Rückzahlung des Darlehens im Normalfall kein neues Arbeitsverhältnis einzugehen⁴¹. Durch die Ehestandsdarlehen wurde demnach äußerst geschickt ein längerfristiges Ziel des Regimes, nämlich Eheschließungen und Geburten zu fördern, mit dem kurzfristigen der Reduktion der Arbeitslosigkeit verknüpft. Letzteres sollte dabei auf zwei Wegen erreicht werden, einmal indem man die Nachfrage nach Hausrat ankurbelte und so neue Arbeitsmöglichkeiten schuf, zum anderen aber auch durch den Rückzug von Frauen ins Privatleben, was die Zahl der Arbeitslosen verminderte. Noch im Jahr 1933 wurden gut 140.000 Ehestandsdarlehen vergeben und von den Finanzämtern 116 Millionen RM an hieraus stammenden Bedarfsdeckungsscheinen ein-

³⁸ So bei Grebler, Arbeitsbeschaffung, S. 822.

³⁹ Vgl. Tooze, Ökonomie der Zerstörung, S. 69 f.

⁴⁰ Vgl. Friedrich Baerwald, How Germany Reduced Unemployment, in: American Economic Review 24 (1934), S. 623; Stelzner, Arbeitsbeschaffung, S. 163 f.; Grebler, Arbeitsbeschaffung, S. 432.

⁴¹ Siehe dazu auch Johannes Frerich/Martin Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, München ²1996, S. 315–317.

gelöst. Damit standen 140.000 Frauen dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung, weder als Beschäftigte noch als registrierte Arbeitslose. Demgegenüber dürfte die aus den Ehestandsdarlehen resultierende Zahl zusätzlicher Arbeitsplätze denkbar gering gewesen sein, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil zur Finanzierung der Darlehen der im April 1931 krisenbedingt eingeführte Ledigenzuschlag zur Einkommensteuer in eine höhere, Ehestandshilfe genannte Steuer für Ledige umgewandelt und auf Dauer gestellt wurde. Deren Aufkommen lag schon 1933 bei 95 Millionen RM, wohingegen der alte Ledigenzuschlag nur etwa 15 Millionen RM im Jahr erbracht hatte⁴². Auf der einen Seite sollte der private Konsum durch die Ehestandsdarlehen also angeregt werden, auf der anderen aber wurde er durch die Ehestandshilfe gleich wieder belastet, sodass der Nettoeffekt auf die Beschäftigung 1933 und auch später nicht besonders spürbar gewesen sein dürfte. Da die Ehestandsdarlehen aber eine Maßnahme waren, mit der, wie gesagt, auch andere Ziele als nur eine Senkung der Arbeitslosigkeit verfolgt wurden, wurden sie bis zum Ende der NS-Zeit weiter gewährt, seit Winter 1937, d. h. mit Erreichen annähernder Vollbeschäftigung, allerdings unter Fortfall des Arbeitsverbots für die Ehefrau.

Ein weiteres Element des Ersten Reinhardt-Programms war die Möglichkeit für Unternehmen, den Aufwand für Ersatzbeschaffungen von Maschinen sofort steuerlich geltend zu machen, also voll vom steuerpflichtigen Einkommen des Anschaffungsjahres abzusetzen. Ähnlich wie bei Personenkraftwagen, die, wie erwähnt, seit April 1933 von der Kraftfahrzeugsteuer befreit waren, dürfte das den Aufschwung unterstützt haben. In beiden Branchen war eine Besserung der Lage allerdings seit geraumer Zeit im Gange – die Beschäftigung z. B. in der Autoindustrie hatte bereits im ersten Vierteljahr 1933 um ein Drittel zugenommen – und wurde nicht etwa durch die genannten steuerlichen Maßnahmen erst ausgelöst. Zudem erhöhte sich im Maschinenbau der Auftragseingang aus dem Inland im zweiten Halbjahr 1933 nicht schneller als im ersten, und bei neuen Personenwagen lagen im dritten und vierten Quartal 1933 die Zulassungszahlen sogar schon wieder niedriger als im zweiten. Man muss sich demnach davor hüten, den Beitrag der beiden Förderinstrumente zum Beschäftigungsaufbau zu überschätzen. Weitere Steueränderungen begünstigten, unabhängig von den Reinhardt-Programmen, unter bestimmten Voraussetzungen Baumaßnahmen an gewerblichen und Wohngebäuden. Da sie allesamt erst im zweiten Halbjahr in Kraft getreten sind, dürften sie 1933 kaum mehr einen größeren Effekt auf den Arbeitsmarkt gehabt haben⁴³.

⁴² Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1936, Berlin 1936, S. 42; Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IfZ-Archiv), Da 003.003, Reichshaushaltsrechnung 1934, S. 455; Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/2, S. 1189, Anm. 3. Im Jahr 1934 überstieg das Aufkommen an Ehestandshilfe den Wert der eingelösten Bedarfsdeckungsscheine aus rund 225.000 Ehestandsdarlehen gar um rund 85 Millionen RM. Die im Text und in der Anmerkung angeführten Geldsummen beziehen sich auf Haushaltsjahre, die jeweils vom 1. April des einen bis zum 31. März des Folgejahres reichten.

⁴³ Vgl. Buchheim, Erholung, S. 19 f.; für die Autobranche vgl. insbesondere Henning, Kraftfahrzeugindustrie, S. 223–226.

Die direkten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wirkten sich am stärksten in der Bauwirtschaft aus, denn die aufgewandten Mittel flossen zum überwiegenden Teil in diesen Bereich, wo sie vor allem für Tiefbauprojekte ausgegeben wurden⁴⁴. Allerdings war der Beitrag der genuin nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramme hierzu, wie bereits gesehen, im Jahr 1933 noch sehr gering, eben weil diese erst spät verabschiedet worden waren, sodass sie infolge unvermeidlicher Verzögerungen kaum mehr zu Ausgaben führten. Die anderen Maßnahmen des Regimes zur Konjunkturbelebung sollten, wie gezeigt, in ihrer Wirksamkeit ebenfalls nicht überschätzt werden, zumal Steuerleichterungen, zum Beispiel bei Ersatzeinvestitionen in Maschinen, mit Sicherheit, wenn auch in nicht bezifferbarer Höhe, bloße Mitnahmeeffekte zur Folge hatten und damit keine echte zusätzliche Nachfrage nach sich zogen. Zudem führten manche wirtschaftspolitischen Eingriffe, etwa was den Außenhandel betraf, sogar direkt zum Abbau von Beschäftigung⁴⁵. Insgesamt kann man also feststellen, dass materielle Maßnahmen der Regierung Hitler jedenfalls im Jahr 1933 per Saldo kaum zum weiteren Konjunkturaufschwung beigetragen haben dürften.

Allerdings wurde durch verschiedene Schritte des Regimes die Zahl der dem Arbeitsmarkt überhaupt zur Verfügung stehenden Personen vermindert. Die an die Gewährung eines Ehestandsdarlehens geknüpfte Bedingung, wonach die frisch verheiratete Frau aus jeglichem Beschäftigungsverhältnis auszuschneiden hatte, ist bereits erwähnt worden. Darüber hinaus wurde vor allem auf lokaler Ebene eine massive Kampagne gegen das sogenannte Doppelverdienerum gestartet⁴⁶, d. h. primär gegen verheiratete Frauen in einem Lohnarbeitsverhältnis, die bei der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter stark diskriminiert wurden. Da Frauen im Allgemeinen, weil nicht bedürftig, schon seit Mitte 1931 auch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr hatten, dürften sie kaum noch einen Anreiz gehabt haben, sich als arbeitslos registrieren zu lassen. Das bedeutete, solche Frauen wechselten in die unsichtbare Arbeitslosigkeit (Arbeitsmarktreserve) über und fielen damit ebenfalls aus der Arbeitslosenstatistik heraus. Zudem wurde der damals noch freiwillige Arbeitsdienst ausgebaut und im März 1933 die Landhilfe eingeführt, in deren Rahmen arbeitslose Jugendliche als Landhelfer in der Landwirtschaft eingesetzt werden konnten. Da Arbeitsdienstleistende und Landhelfer nicht als arbeitslos gezählt wurden, verringerte auch das, vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres, die offiziell ausgewiesene Arbeitslosigkeit, und zwar um etwa 200.000 Personen⁴⁷.

⁴⁴ Vgl. Grebler, Arbeitsbeschaffung, S. 426. Darunter befanden sich ebenfalls rüstungswichtige Projekte; vgl. Wulff, Arbeitslosigkeit, S. 45 f., S. 60 f. u. S. 70.

⁴⁵ Zum Beispiel in Hamburg. Vgl. ebenda, S. 134–136.

⁴⁶ Vgl. einen sehr kritischen gemeinsamen Brief des Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministers an die Reichskanzlei, in dem die sozial schädlichen Folgen der Kampagne, etwa die Schwächung des Leistungsprinzips, klar benannt sind, in: Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/2, S. 925–929.

⁴⁷ Frerich/Frey, Sozialpolitik, Bd. 1, S. 254–256; vgl. auch Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1933/34, Berlin 1934, S. 26 f.

Die geschilderten Maßnahmen fanden in der Statistik ihren Niederschlag. So stieg die Beschäftigung zwischen Januar 1933 und Januar 1934 um 1,9 Millionen Personen, gleichzeitig sank aber die Zahl der registrierten Arbeitslosen von 6 auf knapp 3,8, also um gut 2,2 Millionen ab. Das Arbeitsangebot insgesamt, also beschäftigte und als arbeitslos erfasste Arbeitnehmer zusammen, ging demnach zurück – und das, obwohl die Zahl der Berufseinsteiger diejenige der aus dem Berufsleben Ausscheidenden auch 1933 übertroffen haben dürfte⁴⁸. Die Anzahl weiblicher Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt war 1934 im Durchschnitt um fast 150.000 niedriger als 1933, wohingegen die Zahl der Männer sich um 100.000 vermehrt hatte⁴⁹. Die Statistik macht also deutlich, dass die gemeldete Arbeitslosigkeit, eine hochpolitische Zahl, im ersten Jahr der Herrschaft des NS-Regimes um einiges mehr zurückging als die tatsächliche Erwerbslosigkeit. Dass dadurch die offizielle Arbeitslosenziffer unter vier Millionen gedrückt werden konnte, war auch optisch wichtig, sah es doch so aus, als habe die neue Regierung innerhalb von zwölf Monaten die Arbeitslosigkeit fast halbiert – von etwas über sechs auf nur noch gut über drei Millionen Arbeitslose. Dies dürfte erheblich zur Reputation Hitlers als Bezwinger der Massenarbeitslosigkeit beigetragen haben.

Die Arbeitsbeschaffungsprogramme, die von den Vorgängerregierungen oder etwa auch der Reichsbahn initiiert worden waren, trugen, wie Tabelle 3 belegt, offenbar viel stärker als die eigentlich nationalsozialistischen Maßnahmen zur Belebung des Arbeitsmarkts bei, wovon allerdings nun in der öffentlichen Meinung das NS-Regime profitierte. Jedoch waren sie ebenfalls nicht ausschlaggebend für die weitere konjunkturelle Belebung 1933. Denn außer vom Umfang solcher direkten Arbeitsbeschaffungsausgaben und dem Zeitpunkt ihrer Verabschiedung hing deren konjunkturelle Wirkung nämlich noch von ihrer „Zusätzlichkeit“ ab. Schon zeitgenössisch wurde aber darauf hingewiesen, dass dieses Kriterium öfters nicht erfüllt war. Das heißt also, normale laufende Personalausgaben sind bis zu einem gewissen Grad durch Ausgaben, die aus Arbeitsbeschaffungsmitteln finanziert wurden, substituiert worden, sodass per saldo insoweit keine zusätzliche Beschäftigung geschaffen worden ist⁵⁰. Ganz besonders die Reichsbahn hat sich offenbar so verhalten. Sie hat nämlich in größerem Umfang als Arbeitsbeschaffungsmittel deklarierte Gelder genutzt, um mit eigenen Arbeitskräften Neubauten und Reparaturen durchzuführen und auf diese Weise Entlassungen zu vermeiden⁵¹. Ähnlich dürften manche Kommunen reguläre Arbeitskräfte mithilfe von Arbeitsbeschaffungsgeldern weiterbeschäftigt haben, die ansonsten entlassen worden wären⁵². Dementsprechend können bei weitem nicht alle der zwischen 700.000 und 800.000 im Jahr 1933 in direkten Arbeitsbeschaf-

⁴⁸ Vgl. Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944, München 1949, S. 475; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1935, Berlin 1935, S. 12.

⁴⁹ Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 474 f. u. S. 484; siehe auch Willi Hemmer, Die „unsichtbaren“ Arbeitslosen. Statistische Methoden – Soziale Tatsachen, Zeulenroda 1935.

⁵⁰ Vgl. Grebler, Arbeitsbeschaffung, S. 428.

⁵¹ Vgl. Stelzner, Arbeitsbeschaffung, S. 96 f.; Alfred C. Mierzejewski, The Most Valuable Asset of the Reich. A History of the German National Railway, Bd. 2, Chapel Hill 2000, S. 62.

⁵² Vgl. Grebler, Arbeitsbeschaffung, S. 428.

fungsmaßnahmen Tätigen tatsächlich als zusätzliche Beschäftigte gewertet werden, und der Gesamteffekt der direkten Arbeitsbeschaffung auf den Abbau der Arbeitslosigkeit war geringer als jene Angabe suggeriert.

Ähnlich zu beurteilen sind Fälle, in denen staatliche Ausgaben aus Mitteln, die die öffentliche Hand zuvor in Form von Abgaben eingenommen hatte, finanziert worden sind, da diesen dann ein entsprechender Entzug privater Kaufkraft entsprach und die beschäftigungswirksame Nachfrage insgesamt also im Wesentlichen gleich geblieben ist. Das war, wie erwähnt, bei den Ehestandsdarlehen der Fall. Ebenso handelte es sich bei den für Arbeitsbeschaffungszwecke bereitgestellten Geldern der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zumindest zum Teil um zuvor von den Versicherten und ihren Arbeitgebern aufgebrauchte Beträge. Alles in allem sind gemäß einer Studie der Volkswirtschaftlichen und Statistischen Abteilung der Reichsbank von den gesamten Arbeitsbeschaffungsausgaben immerhin 1½ bis 2 Mrd. RM oder rund 30 bis 40 Prozent aus regulären Haushaltsmitteln finanziert worden⁵³.

Demnach bleibt festzuhalten, dass nur ein Teil der konjunkturpolitischen Maßnahmen, die 1933 wirksam geworden sind, zusätzlich und aus echter Kreditschöpfung ohne Einsparungen oder Belastungen an anderen Stellen finanziert worden ist. Ein grober Indikator für dessen Höhe ist die Zunahme des Gesamtdefizits der öffentlichen Haushalte (einschließlich Sozialversicherung und Sonderwechsel). Letzteres belief sich im Kalenderjahr 1933 auf netto 780 Millionen RM und war damit lediglich um knapp 200 Millionen RM größer als 1932⁵⁴. Dabei hat die Sozialversicherung (einschließlich Arbeitslosenversicherung) sogar schon Überschüsse erzielt, und die Länder sowie die vielfach bereits überschuldeten Gemeinden haben ihr Defizit reduziert. Tatsächlich hat also allein der Reichshaushalt im Vergleich zu 1932 expansiv gewirkt. Der zusätzliche fiskalische Impuls in Höhe von 200 Millionen RM, den die öffentlichen Haushalte insgesamt auf die Wirtschaft ausgeübt haben, stellte aber lediglich rund 13 Prozent der Summe der für direkte Arbeitsbeschaffung im Jahr 1933 eingesetzten Mittel dar (siehe Tabelle 3), die dementsprechend auch nur etwa in dieser Höhe wirklich zur weiteren Belebung beigetragen haben. Das zeigt, dass der anhaltende konjunkturelle Aufstieg, der zu einer Erhöhung des nominalen Bruttosozialprodukts von 55,9 auf 57,6 Milliarden RM geführt hat⁵⁵, nur zu einem kleinen Teil durch die Arbeitsbeschaffungsprojekte erklärt werden kann.

⁵³ Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 2/2: Juni – Dezember 1935, bearb. von Friedrich Hartmannsgruber, München 1999, S. 963; Ritschl, Hat das Dritte Reich wirklich eine ordentliche Beschäftigungspolitik betrieben?, S. 130.

⁵⁴ Vgl. Ritschl, Deutschlands Krise, Tab. A.12.

⁵⁵ Die Werte für das Bruttosozialprodukt wurden entnommen aus Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972, Stuttgart 1972, S. 260, und entsprechend heutiger Konvention um die Zinsen auf öffentliche Schulden bereinigt; vgl. auch Ritschl, Deutschlands Krise, Tab. A.12. Da die Summe des Steueraufkommens und der Sozialversicherungsabgaben 1933 im Vergleich zu 1932 konstant blieb (ebenda), kann auch nicht argumentiert werden, dass ex post beobachtbare Defizit sei nur deshalb so gering gewesen, weil der durch den fiskali-

Die staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme und das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts stellten demnach 1933 nicht die hauptsächlichen Triebkräfte des fortdauernden konjunkturellen Aufschwungs dar, Exporte und privater Konsum jedoch auch nicht. Erstere schrumpften sogar weiter, und der private Verbrauch hat bestenfalls stagniert. Es waren die Bruttoinvestitionen, die den Aufschwung entscheidend gestützt haben. Im Vergleich zum Vorjahr haben sie sich 1933 nämlich auf rund fünfzehn Milliarden RM mehr als verdoppelt, obwohl sie, gemessen an ihrem Niveau von 1927/28, immer noch sehr gering waren. Vor allem die Vorratsinvestitionen erholten sich und stiegen per saldo um gut zwei Milliarden RM an, was nicht untypisch für die erste Phase eines konjunkturellen Aufschwungs ist. Mit einem Plus von gut 500 Millionen RM folgten die Anlageinvestitionen des Unternehmenssektors, darunter rund 200 Millionen RM mehr an Investitionen in maschinelle Vorrichtungen. Letzteres spiegelte die bereits 1932 einsetzende Zunahme der Inlandsbestellungen im Maschinenbau wider. Die öffentlichen Investitionen erhöhten sich hingegen nur um gut 300 Millionen RM, die vor allem in Bauten flossen⁵⁶. Das macht nochmals den vergleichsweise geringen Einfluss der direkten staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf die weitere konjunkturelle Erholung deutlich. Das heißt aber auch, dass letztere im Wesentlichen dem Wirken spontaner Kräfte der Privatwirtschaft zu danken war, denselben Kräften also, die bereits den Umschwung im Herbst 1932 eingeleitet hatten.

3. Eine verbesserte Stimmung als zusätzliche Triebkraft des Aufschwungs?

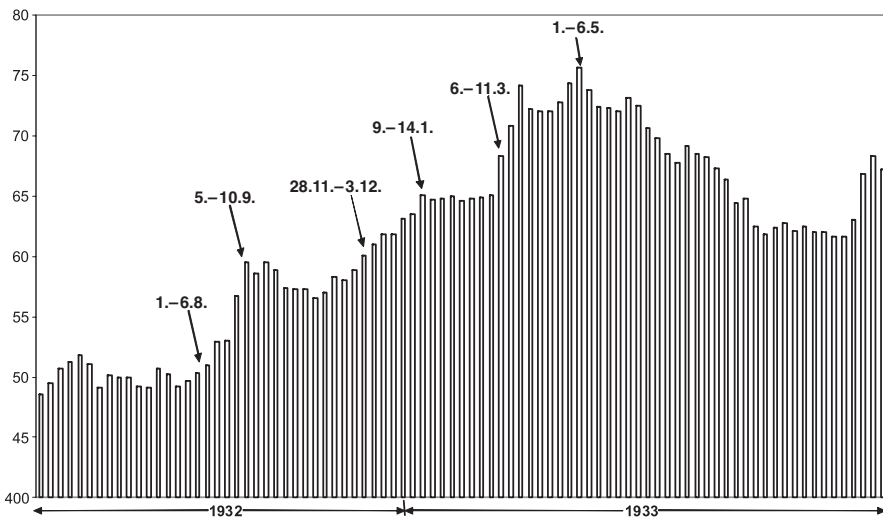
Manchmal findet sich in der Literatur die Behauptung, durch den Regimewechsel ausgelöste psychologische Momente hätten den Aufschwung unterstützt, indem die Zukunftserwartungen und damit die Stimmung positiv beeinflusst worden seien⁵⁷. Letzteres mag bei Teilen der Bevölkerung tatsächlich der Fall gewesen sein, aber es ist doch fraglich, ob dies auch für viele Unternehmen und, generell, für der Wirtschaft nahestehende Kreise galt.

schen Impuls vorangetriebene Konjunkturaufschwung endogen zu einer Erhöhung der Einnahmen aus Abgaben geführt habe.

⁵⁶ Für die den Berechnungen zugrunde liegenden Zahlen vgl. BA Berlin, R 3102/2731, Die volkswirtschaftlichen Investitionen. Für die Verfügbarmachung dieses Dokuments danke ich Dr. Jonas Scherner. Vgl. Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 606; Ritschl, Deutschlands Krise, Tab. A.12, B.3 u. B.4; Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Lage in der Jahresmitte 1939, Berlin 1939, S. 6; Walther G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965, S. 247.

⁵⁷ Siehe z. B. Richard J. Overy, *The Nazi Economic Recovery 1932–1938*, Cambridge 1996, S. 26; Dan P. Silverman, *Hitler's Economy. Nazi Work Creation Programs, 1933–1936*, Cambridge/MA 1998, S. 235 f.; Gerold Ambrosius, *Von Kriegswirtschaft zu Kriegswirtschaft (1914–1945)*, in: Michael North (Hrsg.), *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick*, München 2000, S. 332.

Abbildung 2: Aktienkurse an der Berliner Börse vom 11.4.1932 bis 9.12.1933 (Wochendurchschnitte; 1924–1926 = 100)



Quelle: Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung.

Ein erster Hinweis darauf, dass dem tatsächlich nicht so war, ergibt sich aus der Entwicklung der Aktienkurse im Jahr 1933. Abbildung 2, in der die Kursbewegungen anhand von wöchentlichen Durchschnittswerten aller an der Berliner Börse gehandelten Aktien dargestellt sind, lässt erkennen, dass das Kursniveau nach Wiedereröffnung des amtlichen Handels am 12. April 1932 – zuvor war die Börse krisenbedingt geschlossen gewesen – entsprechend der unklaren konjunkturellen Lage zunächst stagnierte. Ab August kam es dann aber zu einem Kursanstieg, der, abgesehen von einer Unterbrechung im Oktober 1932, bis Mitte Januar 1933 anhielt. Insgesamt erhöhten sich die Kurse in diesem Zeitraum beträchtlich, was die These, dass der Wiederaufschwung der deutschen Wirtschaft aus der Weltwirtschaftskrise bereits mehrere Monate vor dem Antritt des NS-Regimes begonnen hat, nochmals bestätigt. Allerdings führte der Regierungswechsel Ende Januar zunächst nicht, wie man hätte annehmen müssen, falls die Behauptung von einer dadurch ausgelösten allgemeinen Stimmungsverbesserung zuträfe, zu einem weiteren Anstieg der Kurse; vielmehr machte sich für einige Wochen Stagnation breit. Auch der bereits angeführte Geschäftsklimaindex zeigte ja erstaunlicherweise im Februar 1933 erneut einen negativen Wert. Dazu passt ebenfalls, dass die Inlandsaufträge im Maschinenbau im Februar um 20 Prozent zurückgingen, viel stärker als infolge der geringeren Anzahl von Arbeitstagen im Vergleich zum Januar zu erwarten gewesen wäre⁵⁸. Es traf demnach wohl wirklich zu, was der Handelsattaché der Britischen Botschaft in Berlin nach London meldete, dass

⁵⁸ Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, hrsg. von Ernst Wagemann, Berlin 1935, S. 4 u. S. 228.

nämlich der vorsichtige Optimismus, der sich in der Wirtschaftswelt Deutschlands seit Herbst 1932 entwickelt hatte, „durch Gerüchte über drohende Änderungen der innenpolitischen Situation zunächst in Frage gestellt und dann infolge der plötzlichen und überraschenden Entlassung der Regierung von Schleicher erschüttert worden ist“⁵⁹.

Erst in der zweiten Märzwoche setzte bei zunehmenden Aktienumsätzen⁶⁰ erneut eine stärkere Auftriebstendenz an der Börse ein. Das ist insofern interessant, als am 5. März 1933 Neuwahlen zum Reichstag stattgefunden hatten, in denen die regierende Koalition mit absoluter Mehrheit bestätigt worden ist. Damit schien also endlich die lang entbehrte politische Stabilität wieder gewährleistet zu sein, was von der Börse honoriert wurde, da die Verhältnisse im Parlament offensichtlich noch als wichtig galten. Jedoch blieben die Erwartungen der Börsianer nur kurze Zeit positiv gestimmt. Denn zwei Monate später begannen die Kurse, entgegen dem internationalen Trend bereits mehrere Wochen vor dem Scheitern der Weltwirtschaftskonferenz im Juli⁶¹, wieder nachzugeben, und die Tendenz am Aktienmarkt drehte für fast den gesamten Rest des Jahres ins Negative. Besonders auffällig ist, dass die Börse jetzt ihre Signalfunktion für die konjunkturelle Entwicklung einbüßte. Während nämlich in der zweiten Jahreshälfte 1932 der beginnende Aufschwung sich noch in einem auch von seiner Stärke her adäquaten Kursanstieg niedergeschlagen hatte – Aktienkurse und Inlandsaufträge im Maschinenbau stiegen von August 1932 bis Januar 1933 jeweils um etwa 30 Prozent an –, war dies seit Mai 1933 nicht mehr der Fall. Denn von Anfang Mai bis in den November hinein gingen die Kurse an der Berliner Börse insgesamt um rund 20 Prozent zurück; in der gleichen Zeit erhöhte sich dagegen der Auftragseingang aus dem Inland bei Maschinen um 40 Prozent⁶². Faktisch setzte sich demnach die konjunkturelle Belebung fort, obwohl die Börse eine Verschlechterung der Stimmung anzeigte.

In der Tat gab es für Industrie, Handel und Banken genügend Anlass, über die Entwicklung besorgt zu sein. So wurde bereits im Februar 1933 der Agrarprotektionismus ausgebaut, und nach dem Auslaufen von Handelsverträgen wurden gegenüber der Einfuhr aus verschiedenen Ländern viel höhere autonome Zollsätze wirksam⁶³. Dies beschwor die Gefahr von Retorsionsmaßnahmen des Auslands gegen deutsche Industrieexporte herauf. In einer Aufzeichnung des Deutschen Industrie- und Handelstages von Ende Februar hieß es daher⁶⁴: „Deutschland hat von allen großen Handelsländern den stärksten Ausfuhrüberschuss.

⁵⁹ Department of Overseas Trade, Economic Conditions in Germany to June 1933, Report by J. W. F. Thelwall, Commercial Counsellor to H. M. Embassy in Berlin, London 1933.

⁶⁰ Gemessen am Aufkommen der Börsenumsatzsteuer; vgl. Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1933/34, S. 54.

⁶¹ Vgl. Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939, München 1973, S. 127 u. S. 226–233.

⁶² Siehe dazu auch Otto Donner, Die Kursbildung am Aktienmarkt, in: Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 36, Berlin 1934.

⁶³ Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/1, S. 79–81.

⁶⁴ Ebenda, S. 116–118.

Diese Lage legt doppelte Vorsicht in handelspolitischen Maßnahmen nahe, die zu Gegenmaßnahmen [...] führen könnten. [...] Die deutsche Ausfuhr ist lebenswichtig für die Arbeitsbeschäftigung [sic!] eines sehr großen Teils der Industrie und des Großhandels [...]. Bei dieser Sachlage erscheint es geboten, an den Grundlinien der deutschen Handelspolitik insofern festzuhalten, als Meistbegünstigung und Zolltarifabreden auch weiterhin beizubehalten sein werden.“

Diese Argumente fanden jedoch kein Gehör. Ja, infolge antisemitischer Ausschreitungen kam es sogar zu Boykottaufrufen gegen deutsche Waren im Ausland, die die kritische Lage der Ausfuhr eher noch verschärften. Ebenfalls nicht zur Beruhigung der Lage beigetragen hat die Gleichschaltung des Reichsverbands der Deutschen Industrie, zu der dessen Präsident Gustav Krupp von Bohlen und Halbach sich seit Anfang April genötigt sah⁶⁵. Selbst an der Lohnfront kehrte trotz der Zerschlagung der Gewerkschaften Anfang Mai 1933 nicht sofort Ruhe ein. Obwohl durch das Gesetz über die Treuhänder der Arbeit die staatliche Zuständigkeit für die Tarifgestaltung festgelegt wurde, gab es nämlich doch zunächst Bestrebungen der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) und der im Mai gegründeten Deutschen Arbeitsfront (DAF), genuin gewerkschaftliche Aufgaben zu übernehmen⁶⁶.

Am meisten beunruhigt wurden die Unternehmer aber wohl durch eigenmächtige Eingriffe von Parteidienststellen und Angehörigen von NSDAP, SA oder NSBO in viele einzelne Firmen, die den Kernbestand der unternehmerischen Verfügungsrechte bedrohten. Staatlich nicht autorisierte oder gar selbsternannte Kommissare verlangten Einsicht in die Bücher, verfolgten (angebliche) Korruptionsfälle und betrieben die Entlassung von Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern. Nationalsozialistische Betriebsangehörige denunzierten Vorgesetzte in der Absicht, selbst deren Position einzunehmen⁶⁷. Die Konsequenzen solcher weitverbreiteter Aktionen waren potentiell sehr schädlich für den Wirtschaftsaufschwung. So hieß es etwa in einem Bericht des Amerikanischen Konsulats in Stuttgart vom 3. Juli 1933⁶⁸: „Die Eigentümer großer Fabriken sind völlig verunsichert, was die Dauerhaftigkeit ihrer jetzigen Position in den Firmen angeht; sie befürchten jeglicher Gesetzlichkeit Hohn sprechende Maßnahmen, die sie der

⁶⁵ Vgl. Udo Wengst, Der Reichsverband der Deutschen Industrie in den ersten Monaten des Dritten Reiches. Ein Beitrag zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus, in: VfZ 28 (1980), S. 97–108; Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933, Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981, S. 182–188; Werner Abelshäuser, Gustav Krupp und die Gleichschaltung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 1933–1934, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 47 (2002), S. 9–15.

⁶⁶ Vgl. Buchheim, Erholung, S. 25.

⁶⁷ Vgl. z. B. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/1, S. 392 f. u. S. 541; Harold James, Die Deutsche Bank und die Diktatur 1933–1945, in: Lothar Gall u. a., Die Deutsche Bank 1870–1995, München 1995, S. 340 f.; Dieter Ziegler, Die Nationalsozialisten im Betrieb, in: Johannes Bähr, Die Dresdner Bank in der Wirtschaft des Dritten Reichs, München 2006, S. 135–138.

⁶⁸ Germany, Internal Affairs, 1930–1941, Film 27, American Consulate Stuttgart an Secretary of State, Apprehension felt in business circles towards National Socialist business policies, 3. 7. 1933.

Kontrolle über ihre Geschäfte berauben. [...] Durch diese Situation werden die wirtschaftlichen Probleme verschärft, die in Deutschland ohnehin schon bestehen, und die Planungen für die weitere Geschäftsentwicklung werden behindert.“ Sogar in der Unterredung Hitlers mit führenden Industriellen von Ende Mai 1933 wurde das Problem angesprochen, wenn auch nur in verklausulierter Form, was zeigt, wie sehr es die Unternehmer bedrückte⁶⁹.

Die Gefahr war inzwischen auch den Spitzen der NSDAP klar geworden. Schon Ende Mai 1933 hatte Hitler in einem Erlass davon gesprochen, dass „mit der Zeit bei den Führern der Wirtschaft ein Gefühl der Vogelfreiheit“ entstehe, „das geradezu die Lähmung der verantwortlichen Leitung der wirtschaftlichen Unternehmungen nach sich zieht“⁷⁰. Und am 6. Juli 1933 führte er auf einer Konferenz der Reichsstatthalter aus: „Für das Gedeihen der Wirtschaft ist erforderlich, dass man von der Wirtschaft praktisch etwas versteht. Allgemein gesprochen wird ein Nationalsozialist, der nur theoretischer Wirtschaftler ist, schädlicher wirken als ein Wirtschaftler, der nur Wirtschaftler und kein Nationalsozialist ist.“⁷¹ In der Tat sollte diese Haltung, die den Unternehmen eine gewisse Autonomie zubilligte, im Dritten Reich kennzeichnend für das Verhältnis von Staat und Partei zur Wirtschaft werden. Allerdings dauerte es 1933 noch eine Zeitlang, bis unautorisierte Interventionen in die inneren Angelegenheiten von Unternehmen vollständig aufhörten. Jedenfalls erwähnte das Amerikanische Generalkonsulat Berlin in einem Bericht vom November, noch immer gebe es derartige Übergriffe, wenn auch in stark verminderter Anzahl⁷².

Insgesamt haben also psychologische Momente im weiteren Aufschwung 1933 wohl wirklich eine Rolle gespielt, aber keine positive, sondern eine negative. Es gab zahlreiche Momente, die die Stimmung im Unternehmerlager belasteten, teilweise sogar schwer beeinträchtigten. Die konjunkturelle Belebung setzte sich dennoch fort – aber gewiss nicht wegen, sondern trotz des Regimewechsels. Denn einerseits gingen von der Wirtschaftspolitik der Regierung Hitler kaum irgendwelche Effekte aus, die bereits 1933 zur wirtschaftlichen Erholung einen größeren materiellen Beitrag geleistet hätten. Andererseits aber erschienen den Unternehmern viele Facetten ihrer Politik und die Aktionen der sie unterstützenden Massenbewegung zutiefst bedrohlich. Diese zwiespältige Situation, die gekennzeichnet war sowohl von einer Besserung der Konjunktur als von ziemlich schlechter Stimmung, wurde von einem amerikanischen Beobachter gegen Ende des Jahres 1933 treffend charakterisiert: „Obwohl die Lage heute in der Industrie und im Geschäftsleben allgemein, [...] ziemlich befriedigend ist, sind die Zukunftsaussichten nicht ermutigend und diejenigen, die die Situation am besten zu kennen scheinen, haben eine recht große Neigung, pessimistisch zu sein.“⁷³

⁶⁹ Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/1, S. 516 f.

⁷⁰ Ebenda, S. 541.

⁷¹ Ebenda, S. 631.

⁷² Germany, Internal Affairs, 1930–1941, American Consulate General Berlin an Secretary of State. Some observations on the general economic situation in Germany today, 14. 11. 1933, S. 3.

⁷³ Ebenda, S. 2.

4. Die Jahre 1934/35 und der Übergang in die Staatskonjunktur

Im Jahr 1933 nahm das Bruttosozialprodukt real bereits ziemlich stark um knapp 8 Prozent zu, 1934 beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum dann sogar noch einmal. Die Beschäftigung, die von 1932 auf 1933 im Jahresdurchschnitt um ebenfalls rund 8 Prozent gestiegen war, erhöhte sich 1934 um 15 Prozent⁷⁴. Offensichtlich gewann der Aufschwung 1934 also weiter an Kraft. Dafür verantwortlich waren im Wesentlichen zwei Faktoren, nämlich eine große Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und eine im Vergleich zu der Zeit vor der Weltwirtschaftskrise stark verbesserte Kostensituation in der Industrie.

Zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage trugen vor allem die folgenden beiden Elemente bei. Zum einen erhöhte sich nun im Zuge des Beschäftigungsaufbaus der private Konsum, d. h., es begannen Multiplikatorkräfte zu wirken. Ein geeigneter Indikator dafür sind die Einzelhandelsumsätze; diese stiegen 1934 um 11 Prozent, wohingegen sie 1933 noch um 4,5 Prozent zurückgegangen waren⁷⁵. Selbst wenn letzteres hauptsächlich ein 1933 weiter sinkendes Preisniveau für Konsumgüter widerspiegelte⁷⁶, so hatte der private Verbrauch sich insgesamt doch auch real allenfalls nur wenig erhöht. 1934 hingegen nahm er eindeutig zu⁷⁷.

Zum anderen war der fiskalische Impuls infolge einer Steigerung des Defizits des öffentlichen Gesamthaushalts um mehr als zwei Milliarden RM wesentlich größer als 1933⁷⁸. Allerdings entwickelten sich die einzelnen öffentlichen Haushalte keineswegs in die gleiche Richtung. Während im Rechnungsjahr 1934 Länder und Gemeinden ihre Defizite weiter reduzierten und die Sozialversicherung aufgrund der gesunkenen Arbeitslosigkeit erneut Überschüsse erzielte, stieg das Defizit des Reichs um 2,7 auf 3,9 Milliarden RM an. Dabei vergrößerte sich der Umlauf an Arbeitsbeschaffungswechseln, die der formal kurzfristigen Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dienten, netto um rund 800 Millionen RM. Dagegen nahm der Bestand an Mefo-Wechseln, benannt nach der im Sommer 1933 von Krupp, Siemens und einigen weiteren Unternehmen im Auftrag des Reichs als Scheinfirma gegründeten Metallurgischen Forschungsgesellschaft mbH (Mefo), um fast zwei Milliarden RM zu.

Letztere dienten ausschließlich zur Finanzierung staatlicher Rüstungsaufträge, was aufgrund der Konstruktion jedoch im Reichshaushalt keinen unmittelbaren Niederschlag fand. Um die Summe der militärbezogenen Aufwendungen zu ermitteln, sind dem Betrag der akzeptierten Mefo-Wechsel demnach noch die gesamten, auf militärische Belange entfallenden Haushaltsausgaben von Reichswehr- und Reichsluftfahrtministerium hinzuzurechnen. Insgesamt hatten diese beiden Einzel-

⁷⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Wirtschaft, S. 260; Ritschl, Deutschlands Krise, Tab. A.12; Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 474. Die Beschäftigungszunahme wurde berechnet mit Hilfe korrigierter Durchschnittswerte der dort angegebenen Monatszahlen.

⁷⁵ Vgl. Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, S. 78.

⁷⁶ Ebenda, S. 106–108.

⁷⁷ Vgl. Hoffmann, Wachstum, S. 698 f.; Ritschl, Deutschlands Krise, Tab. B.8.

⁷⁸ Siehe auch für die folgenden Zahlen, ebenda, Tab. A.2, A.3, A.10 u. A.12.

budgets im Rechnungsjahr 1934 einen Umfang von 1,95 Milliarden RM, wovon allenfalls 100 Millionen für Zwecke, die auch einen zivilen Nutzen hatten, wie Flugsicherung, Lotsendienst oder Belange der Lufthansa, eingesetzt wurden⁷⁹. Die 1934 (Kalenderjahr) wirksam gewordenen Arbeitsbeschaffungsausgaben beliefen sich dagegen laut Tabelle 3 auf 2,5 Milliarden Reichsmark, wobei das Reich trotz Drängens von zahlreichen Seiten kein neues Arbeitsbeschaffungsprogramm mehr auflegte⁸⁰. Bereits 1934 übertrafen demnach, sowohl was den Gesamtbetrag, als auch was dessen nicht im Budget aufscheinenden, durch Kreditschöpfung finanzierten Teil betraf, die Rüstungsaufwendungen die Arbeitsbeschaffungsausgaben beträchtlich, und zwar sogar einschließlich unter Arbeitsbeschaffung laufender, verdeckter Ausgaben für militärische Zwecke. Der gegenüber 1933 massiv gesteigerte fiskalische Impuls beruhte also in erster Linie auf einer rasanten Ausweitung der öffentlichen Nachfrage für militärischen Bedarf. Bezeichnend war hierbei, dass nicht nur die wechselfinanzierten Rüstungsausgaben für die Industrie direkt auftragswirksam wurden. Vielmehr wurde 1934 wohl auch mehr als die Hälfte der in den Haushalten des Reichswehr- und Reichsluftfahrtministeriums verbuchten Summen in militärische Bauten und die Anschaffung von militärischen Ausrüstungsgegenständen investiert, darunter gewaltige außerplanmäßige Ausgaben, die für pauschale Titel wie „Umorganisation des Heeres“ anfielen⁸¹. Insgesamt wurden Rüstungsaufträge in Höhe von schätzungsweise drei Milliarden RM an die Industrie vergeben. Das heißt grob überschlagen: im Jahr 1934 beruhte rund die Hälfte der Zunahme des industriellen Nettoproduktionswerts im Vergleich zu 1933 allein hierauf⁸². Dies entsprach in etwa dem Anstieg der privaten Konsumausgaben in jenem Jahr, die zum bei weitem größten Teil als vermehrte Güterkäufe ebenfalls der Industrie zufließen⁸³. Da die gewaltige Steigerung der Nachfrage auf Industrieunternehmen mit großen freien Kapazitäten traf, deren Ertragslage zudem infolge während der Krise stark gesunkener Kosten sehr günstig war⁸⁴, war das Resultat

⁷⁹ IfZ-Archiv, Da 003.003, Reichshaushaltsrechnung 1934.

⁸⁰ Vgl. Tooze, *Ökonomie der Zerstörung*, S. 86–88.

⁸¹ IfZ-Archiv, Da 003.003, Reichshaushaltsrechnung 1934.

⁸² Berechnet mit Hilfe des Nettoproduktionswerts der Industrie im Jahr 1936 (Die deutsche Industrie. Gesamtergebnisse der amtlichen Produktionsstatistik, Berlin 1939, S. 55), wobei hier der unbereinigte Nettoproduktionswert zugrundegelegt wurde, da er die Abschreibungen noch enthält und damit besser dem heutigen Konzept des Nettoproduktionswerts entspricht als der bereinigte, und des Index der Industrieproduktion (Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Lage in der Jahresmitte 1939, S. 4) sowie des Index der Großhandelspreise von industriellen Fertigwaren (Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 460).

⁸³ Der private Verbrauch erhöhte sich von 1933 auf 1934 nach Hoffmann, *Wachstum*, S. 700 f., um 3,8 Mrd., nach Ritschl, *Deutschlands Krise*, Tab. B.5, dagegen nur um 1,6 Mrd. RM; allerdings ergibt sich Ritschls Wert als Residuum, während Hoffmann seinen aus der Addition verschiedener Verbrauchsreihen für einzelne Gütergruppen ermittelt hat, weshalb letzterem wohl der Vorzug zu geben ist. Zudem spiegelt die Verbrauchszunahme nach Hoffmann 1934 auch besser den großen Anstieg der Einzelhandelsumsätze wider.

⁸⁴ Vgl. Christoph Buchheim, *The Upswing of German Industry in the Thirties*, in: Ders./Redvers Garside (Hrsg.), *After the Slump. Industry and Politics in 1930s Britain and Germany*, Frankfurt a. M. 2000, S. 36–44.

eine sprunghafte Zunahme der industriellen Produktion um rund 30 Prozent, was in späteren Jahren nicht annähernd wieder erreicht wurde⁸⁵.

Das Verdienst des NS-Regimes an dieser scheinbar sehr positiven wirtschaftlichen Situation darf allerdings nicht zu hoch veranschlagt werden. Denn zwei der wichtigsten Triebkräfte des anhaltenden Aufschwungs 1934 waren primär die Folge von der Wirtschaft immanenten Entwicklungen. Das traf zum einen auf den Multiplikatoreffekt zu, der sich im Anstieg des privaten Konsums zeigte, was seinerseits eine stets zu beobachtende Wirkung einer Beschäftigungszunahme und der damit einhergehenden Erhöhung der Lohn- und Gehaltssumme ist. Zum anderen galt dies aber ebenfalls für die Reinigungsfunktion einer tiefen Krise, die regelmäßig bei den Unternehmen zu massiven Kosteneinsparungen führt, was letztlich die Rentabilität der die Krise überstehenden Firmen verbessert. Was jedoch den gewaltigen Anstieg der Militärausgaben betrifft, muss man feststellen: Unter einer anderen Regierung wäre es hierzu wohl nicht im gleichen Ausmaß gekommen; stattdessen wäre möglicherweise, den vielfach erhobenen Forderungen entsprechend, 1934 noch ein weiteres Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgelegt worden. Auf jeden Fall wäre es dann aber nicht zu der infolge der enormen Rüstungsanstrengungen sich bereits abzeichnenden Deformation des Wachstumsbooms gekommen. Die uneingeschränkt positiv wirkenden Aufschwungkräfte des Jahres 1934 hatten sich demnach aus dem Wirtschaftsprozess selbst heraus spontan ergeben. Dagegen war der Effekt des von der NS-Politik beeinflussten Faktors allenfalls kurzfristig günstig für die weitere konjunkturelle Belebung. Spätestens 1935 erwies er sich jedoch bereits als Element einer wirtschaftlichen Entwicklung, deren negative Züge immer deutlicher hervortraten.

„Insgesamt ist die Situation unbefriedigend, und sie verschlechtert sich weiterhin rasch. Im Winter kann es durchaus zum Kollaps kommen.“⁸⁶ Diese Aussage eines amerikanischen Beobachters vom Juli 1934 über die wirtschaftliche Lage in Deutschland mag zunächst überraschen, stand sie doch offenbar in direktem Widerspruch zu der geschilderten positiven Entwicklung in jenem Jahr. Allerdings bezog sie sich in erster Linie auf die Zahlungsbilanz, wo sich die Probleme 1934 in der Tat drastisch zuspitzten. Ein Indikator dafür war der ausgewiesene Bestand an Devisenreserven der Reichsbank, der von fast einer Milliarde RM im Durchschnitt des Jahres 1932 auf nur noch 78 Millionen im Juli/August 1934 gefallen war, und das, obwohl die Devisenzuteilungen an importierende Unternehmen, die seit Einführung der Devisenzwangswirtschaft Mitte 1931 unter der zentralen Kontrolle der Reichsbank erfolgten, immer restriktiver gehandhabt wurden⁸⁷. Die Hauptursache für die dramatische Zahlungsbilanzsituation lag in einer kontinuierlichen Verschlechterung der deutschen Handelsbilanz, die 1932 noch einen Überschuss von mehr als einer Milliarde RM aufgewiesen hatte, im

⁸⁵ Vgl. Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Lage in der Jahresmitte 1939, S. 4.

⁸⁶ Germany, Internal Affairs, 1930–1941, Film 27, Telegram from Mr. Leo Harrison to the Federal Reserve Bank of New York, 19. 7. 1934.

⁸⁷ Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1935, S. 348; Ebi, Export, S. 22–24.

Januar 1934 jedoch erstmals ins Defizit geriet, das bis einschließlich Juli auf insgesamt rund 250 Millionen RM answoll. Dies beruhte aber primär nicht, wie man vermuten könnte, auf der infolge des starken konjunkturellen Aufschwungs zunehmenden Nachfrage nach Importen. Denn letztere waren im ersten Halbjahr 1934 mengenmäßig zwar um zehn Prozent höher als im ersten Halbjahr 1932, wertmäßig waren sie jedoch in derselben Zeit wegen noch niedrigerer Preise sogar geringfügig zurückgegangen. Vielmehr war die Entwicklung der deutschen Ausfuhr entscheidend für die massive Verschlechterung der Handelsbilanz, denn deren Volumen war in der betrachteten Periode um 15 Prozent, ihr Wert noch stärker geschrumpft⁸⁸. Das war umso bedenklicher, als der Welthandel nach 1932 erneut zugenommen und Deutschland demnach Anteile am weltweiten Export verloren hatte⁸⁹. Zu einem erheblichen Teil war das auf die gesunkene preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte zurückzuführen – eine Folge der Nichtabwertung der Reichsmark.

Das NS-Regime reagierte auf die gefährliche Lage der Zahlungsbilanz, die den Aufschwung und damit die Aufrüstung wegen fehlender Einfuhren von wichtigen Rohstoffen ins Stocken zu bringen drohte, in charakteristischer Weise. Statt zu einer Abwertung kam es mit dem „Neuen Plan“ von Hjalmar Schacht, der inzwischen neben seinem Posten als Reichsbankpräsident auch den des Reichswirtschaftsministers übernommen hatte, im September 1934 zu einer umfassenden Neugestaltung des Einfuhrverfahrens mit Hilfe von speziell hierfür errichteten Überwachungsstellen. Waren bis dahin die den Importeuren zur Verfügung gestellten Devisenkontingente relativ schematisch um bestimmte Prozentsätze gekürzt worden, so wurde nunmehr die Zusammensetzung der Einfuhr staatlich festgelegt, indem im Prinzip für jeden Import eine Einzelgenehmigung der für das betreffende Gut zuständigen Überwachungsstelle notwendig war. Die gesamte deutsche Einfuhr wurde seitdem also in höchst dirigistischer Weise entsprechend den Prioritäten des Regimes gelenkt. Das bedeutete, dass rüstungswichtigen Importen Vorrang eingeräumt wurde; dagegen wurde, abgesehen von für die Ernährung essentiellen Produkten, der Import von Fertigwaren sowie von Rohstoffen für die Konsumgüterindustrie stark gedrosselt⁹⁰.

Faktisch war das neue Kontrollsystem allerdings nichts anderes als die Verallgemeinerung von Regelungen, die bereits seit März 1934 nach und nach in einem großen Teil der Textilindustrie eingeführt und sofort in sehr strikter Weise angewandt worden waren⁹¹. Der damit einhergehende massive Rückgang der Einfuhren von Textilfasern seit etwa Jahresmitte bewirkte ein abruptes Absinken der Textilproduktion um gut zehn Prozent im August auf ein Niveau, das in den dann folgenden Monaten trotz der weiterhin aufsteigenden Konjunktur der Gesamtwirtschaft praktisch nicht mehr überschritten wurde. Vor allem aufgrund sehr hoher Lagerbestände im Handel schlug dies längere Zeit nicht negativ auf

⁸⁸ Vgl. Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, S. 90–94.

⁸⁹ Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1935, S. 118 * f.

⁹⁰ Vgl. Ebi, Export, S. 128–133.

⁹¹ Vgl. Höschle, Textilindustrie, S. 31–42.

die Einzelhandelsumsätze in Textilien und Bekleidung durch. Allerdings stiegen die Lieferfristen der Textilindustrie an, und die Preise erhöhten sich sprunghaft. Später kam es aber bei Textilien und Kleidung doch auch zu Engpässen sowie zu gravierenden Qualitätseinbußen⁹².

Immerhin konnte durch den Neuen Plan die Zahlungsbilanzkrise erst einmal abgeschwächt werden. Zwar verlief die Exporttätigkeit auch 1935 ziemlich schleppend, denn die Ausfuhrerlöse stiegen nur um 2,5 Prozent an. Aber da die Einfuhr mit Hilfe des nun geschaffenen Instrumentariums besser kontrolliert und um fast sieben Prozent reduziert werden konnte, schloss die Handelsbilanz mit einem kleinen Überschuss ab⁹³. Auch das Wachstum setzte sich 1935 fort, und die Beschäftigung erhöhte sich um sechs Prozent; ein Kollaps trat demnach nicht ein. Allerdings nahmen die Einzelhandelsumsätze nur noch um 4,5 Prozent zu. Angesichts der Preissteigerungen war das wahrscheinlich fast gleichbedeutend mit einer Stagnation des realen Konsums⁹⁴. Das Regime hatte es also geschafft, den über den privaten Verbrauch vermittelten Multiplikatoreffekt, kaum dass er in Erscheinung getreten war, weitgehend wieder abzuwürgen⁹⁵. Dagegen erreichte die Eigenkapitalrendite der Industrieaktiengesellschaften im Durchschnitt schon zehn Prozent. Bereits damals öffnete sich jedoch die für den Rest der NS-Zeit typische Schere zwischen der Profitabilität der Produktionsgüter- und derjenigen der Konsumgüterindustrie. Da vor allem erstere in großen Teilen rüstungswichtig war und deshalb von der Politik des Regimes systematisch begünstigt wurde, war deren Rendite seit 1935 stets beträchtlich höher als die der Verbrauchsgüterherstellung, obwohl auch diese im Mittel offenbar durchaus gute Gewinne erzielte⁹⁶. Von der Nachfrageseite her angeheizt wurde das Wachstum wiederum vom Staat, dessen Ausgaben für Güter und Dienste 1935 um gut 13 Prozent zunahmen. Das öffentliche Gesamtdefizit erreichte 3,2 Milliarden, das des Reichs allein 4,2 Milliarden RM. Wie schon 1933 und 1934 erhöhte sich auch im Fiskaljahr 1935 also lediglich der Fehlbetrag des Reichs, während neben der Sozialversicherung jetzt Länder und Gemeinden zusammengenommen ebenfalls Überschüsse erzielten⁹⁷. Von den Gesamtausgaben des Reichs in Höhe von zwölf Milliarden RM flossen wieder rund vier Milliarden in Form von Aufträgen zur Deckung des Bedarfs der Wehrmacht direkt an die Industrie, davon 2,7 Milliarden finanziert durch die Emission weiterer Mefo-Wechsel. Dagegen liefen die Aufwendungen für Arbeitsbeschaffung nun rasch aus. Insgesamt war der fiskalische Impuls 1935 allerdings mit einer Zunahme des Defizits aller öffentlichen Haushalte zusammen in Höhe von 400 Millionen RM wesentlich geringer als 1934⁹⁸.

⁹² Vgl. ebenda, S. 152–162; Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, S. 78 u. S. 281–289.

⁹³ Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1937, Berlin 1937, S. 238.

⁹⁴ Vgl. Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1936/37, Berlin 1937, S. 41; bei Hoffmann, Wachstum, S. 698 f., wird der reale Privatkonsum in der Tat als praktisch konstant ausgewiesen.

⁹⁵ Siehe auch Bresciani-Turroni, "Multiplifier" in Practice.

⁹⁶ Vgl. Mark Spoerer, Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom. Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesellschaften 1925–1941, Stuttgart 1996, S. 147 u. S. 155.

⁹⁷ Vgl. Ritschl, Deutschlands Krise, Tab. A.3, A.9, A.10 u. A.12.

⁹⁸ Vgl. ebenda, Tab. A.2, A.5 u. A.12; IfZ-Archiv, Da 003.003, Reichshaushaltsrechnung 1935.

5. Anzeichen für eine zunehmende Deformation des Aufschwungs

Obwohl die deutsche Wirtschaft die Weltwirtschaftskrise eindeutig hinter sich gelassen hatte und obwohl die Gewinne der Industrie schon damals, nicht zuletzt aufgrund der günstigen Kostensituation, ein sehr hohes Niveau erreicht hatten, sprang die industrielle Investitionsaktivität auch 1935 nicht richtig an – neben der schwachen Exportentwicklung ein weiterer Hinweis auf die sehr ungewöhnliche Natur des NS-Aufschwungs. Das macht die folgende Tabelle, die einen Vergleich mit der Zeit des beginnenden Wachstumsbooms nach der Währungsreform von 1948 beinhaltet, überaus deutlich.

Tabelle 4: Investitionsquote und Kapazitätsauslastung in der Industrie 1933 bis 1936 und 1948 bis 1950 im Vergleich (%)

	1933	1934	1935	1936	1948	1949	1950
Investitionsquote	3,3	4,6	5,9	7,7	11,5	11,5	11,4
Kapazitätsauslastung	58	73	80	86 (84)	51	•	•

Quellen: *Investitionsquote* (gemessen am nominalen Nettoproduktionswert der Industrie): Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944, München 1949, S. 460 u. S. 605; Rolf Krengel, Die langfristige Entwicklung der Brutto-Anlage-Investitionen der westdeutschen Industrie von 1924 bis 1955/56, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1957, H. 1, S. 170 (für die Investitionen 1949–1950; ohne Kleinbetriebe), Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung, Die deutsche Industrie. Gesamtergebnisse der amtlichen Produktionsstatistik, Berlin 1939, S. 55; Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Lage in der Jahresmitte 1939, S. 4; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, S. 390; 1956, S. 216, S. 225 u. S. 428; *Kapazitätsauslastung*: A.F. Mester, Eine Zeitreihe der Ausnutzung des Sachkapitals (1925 bis 1938 und 1950 bis 1957), in: Ifo-Studien 7 (1961), S. 81 (unter der Annahme hundertprozentiger maximaler Kapazitätsauslastung); Werner Abelshäuser, Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948, Stuttgart 1975, S. 118 (1948 [2. Halbjahr] und eingeklammerte Ziffer für 1936).

Denn die Quote der industriellen Investitionen, gemessen am Nettoproduktionswert der Industrie, war selbst noch 1935 nur etwa halb so groß wie in den späten 1940er Jahren. Das hatte jedoch nichts damit zu tun, dass es, allerdings nur in recht geringem Umfang, noch freie Kapazitäten gab⁹⁹, denn nach der Währungsreform war die Ausnutzung des vorhandenen Kapitalstocks in der Industrie zunächst viel geringer. Schließlich gibt es ja auch, abgesehen von akuten Kapazitätsengpässen, zahlreiche andere Gründe, die Industrieunternehmen zu Investitionen veranlassen können, etwa der Wunsch nach Rationalisierung, die Umsetzung von Produktinnovationen oder erwartetes rasches Wachstum. Diese drei Faktoren, die nach der Währungsreform bald eine wichtige Rolle für den Kapazitätsaufbau und damit den anhaltenden Wachstumsboom spielten, wurden jedoch in den dreißiger Jahren offensichtlich nicht wirksam.

Zeitgenössischen Beobachtern fiel die geringe Investitionstätigkeit der Industrie noch um die Mitte der dreißiger Jahre ebenfalls schon als außergewöhnlich auf. So hieß es Anfang 1936 in einem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung: Für die beobachtbare Investitionszurückhaltung der Industrie „mag vielfach die Erwägung maßgebend sein, dass der gegenwärtig erreichte hohe Auftragsbestand eine

⁹⁹ So aber Spoerer, Demontage, S. 423.

direkte oder indirekte Ausstrahlung staatlicher Beschaffungsmaßnahmen darstellt, der mit der Überleitung der bisher vom Staat geförderten, in eine von der Privatwirtschaft getragene Entwicklung wieder abnehmen könnte¹⁰⁰. Das bedeutet, es war nicht die Höhe der zu diesem Zeitpunkt noch herrschenden Kapazitätsunterauslastung, die der Industrie Zurückhaltung bei den Investitionen angeraten erscheinen ließ, sondern die Gefahr, dass Kapazitätserweiterungen, die entsprechend dem erreichten Umfang der Nachfrage eigentlich fällig gewesen wären, sich als Schaffung von Überkapazitäten herausstellen könnten, wenn, was wohl erwartet wurde, der Staat seine Güterkäufe in absehbarer Zeit reduzieren würde. Denn man hatte natürlich erkannt, dass ein erheblicher Teil der Staatsnachfrage mit Hilfe von Kreditschöpfung finanziert wurde, und man ging offenbar davon aus, dass um der Vermeidung von inflationären Tendenzen willen eine Konsolidierung demnächst anstünde. Dann jedoch war angesichts des Fehlens anderer dynamischer Nachfrageelemente – der private Verbrauch und die Exporttätigkeit wurden ja von der Regierungspolitik faktisch hintangehalten – zumindest ein zeitweiliger Nachfrageeinbruch vorprogrammiert, der eben zu den befürchteten Überkapazitäten und damit zu einer ähnlich bedrohlichen Situation, wie man sie während der Weltwirtschaftskrise gerade erlebt hatte, hätte führen können. Auf der anderen Seite war eine größere Zurückhaltung des Staates jedoch notwendig, um die Entwicklung insgesamt in gesündere Bahnen zu lenken. Ganz dem entsprechend urteilte die Reichskreditgesellschaft: „Sowohl die Konsolidierungsaufgabe als auch die bestehenden Außenhandlungsspannungen verlangen nach einer verstärkten Einschaltung unternehmerischer Initiative und nach Überleitung der Staatskonjunktur in eine sowohl produktive als auch rentabilitätsgesicherte private Erzeugungs- und Exportkonjunktur.“¹⁰¹

Hierzu ist es jedoch in der Folgezeit nicht gekommen, was dann tatsächlich erneut zu einer großen, dieses Mal zurückgestauten Inflation führte. Auch ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Investitionsdynamik in der Industrie, jedenfalls soweit sie von privaten Kräften getragen wurde, dauerhaft relativ schwach blieb, was das Produktivitätswachstum schon in der Vorkriegszeit offenbar massiv beeinträchtigte¹⁰². Im weiteren Verlauf der dreißiger Jahre stiegen nämlich vor allem diejenigen industriellen Investitionen stark an, bei denen, weil sie als kriegswichtig angesehen wurden, der Staat das damit verbundene unternehmerische Risiko vertraglich zum Teil, vielfach aber sogar vollständig übernommen hat¹⁰³. Insoweit handelten private Unternehmen jedoch gewissermaßen als Agenten des Staates, und solche, häufig relativ unproduktiven Investitionen müssten eigentlich dem Staat zugeordnet werden, was die im Folgenden untersuchte Staatsquote demnach eigentlich noch höher hätte ausfallen lassen müssen.

¹⁰⁰ Allgemeiner Konjunkturdienst. Die Wirtschaftslage in Deutschland, in: Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung 11 (1936/37), Teil A, S. 64; vgl. auch Overy, *Recovery*, S. 57.

¹⁰¹ Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1935/36, Berlin 1936, S. 4.

¹⁰² Vgl. Buchheim, *Introduction*, in: Ders. (Hrsg.), *German Industry*, S. 24–26.

¹⁰³ Siehe dazu umfassend Scherner, *Logik der Industriepolitik*.

Anstatt zu normalem, unternehmerisch geprägtem Wirtschaftswachstum kam es daher zu einer Staatskonjunktur, die sich zunehmend verfestigte, was aber den Zielen des Regimes völlig entsprach. Tabelle 5 zeigt, dass die Quote der Staatsnachfrage, gemessen am Sozialprodukt, sich bereits 1933 sprunghaft erhöhte, Mitte der dreißiger Jahre um mehr als 50 Prozent über der von 1928 lag und bis 1938 rasant weiter anstieg. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war sie hingegen wieder sehr viel niedriger. Dabei betrug die Ausgaben für militärische

Tabelle 5: Der Staat als Wirtschaftssubjekt (Quoten in Prozent des nominalen Bruttosozialprodukts)

	1928	1932	1933	1935	1938	1950	1954
Staatskäufe	13,1	13,6	16,2	20,6	30,5	12,4	13,7
Sozialversicherungsausgaben	5,5	7,5	7,9	6,6	6,0	7,6	8,9

Quellen: Albrecht Ritschl, Deutschlands Krise und Konjunktur 1924–1934, Berlin 2002, Tab. A.12; Deutsche Bundesbank, 50 Jahre Deutsche Mark. Monetäre Statistiken 1948–1997, München 1998 (CD-Rom); Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972, Stuttgart 1972, S. 260; Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Revidierte Ergebnisse 1950 bis 1990 (= Fachserie 18, Reihe S. 15), Stuttgart 1991, S. 46, S. 52 u. S. 62.

Belange 1935 bereits ein gutes Drittel der Staatskäufe und 1938 mehr als die Hälfte, wohingegen es 1932 weniger als zehn Prozent waren¹⁰⁴. Hinzu kamen an Belastungen des Reichs im Zusammenhang mit der Kriegsvorbereitung, wie bereits angedeutet, noch Garantien und Bürgschaften in beträchtlicher Höhe, die notwendig waren, um die Unternehmen zu autarkiewichtigen Investitionen zu veranlassen, die in der Tabelle jedoch nicht berücksichtigt sind.

Im Gegensatz zur Quote der Staatskäufe verringerte sich der Anteil der Sozialversicherungsausgaben am Sozialprodukt, der Anfang der dreißiger Jahre krisenbedingt angestiegen war, nach 1933 wieder. 1938 lag er nur noch relativ geringfügig über dem Niveau von 1928. Auch deuten die in der Tabelle wiedergegebenen Zahlen darauf hin, dass die Bundesrepublik von Anfang an in einem größeren Maß Sozialstaat war als das Dritte Reich, zumal die für 1938 ausgewiesene Zahl überhöht ist. Denn trotz der bis dahin erreichten Vollbeschäftigung belief sich der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung nach wie vor auf 6,5 Prozent der Bruttolöhne, wovon die Arbeitnehmer die Hälfte zu tragen hatten¹⁰⁵. Die Folge davon war, dass die Arbeitslosenversicherung enorme Einnahmeüberschüsse erwirtschaftete. Zum Teil wurden diese für andere soziale Zwecke verwandt, etwa für Kinderbeihilfen oder für die Subventionierung der Renten- und Angestelltenversicherung, wodurch dort auf Beitragserhöhungen verzichtet werden konnte. Darüber hinaus wurden sie jedoch auch zur Finanzierung allgemeiner Reichsaufgaben eingesetzt¹⁰⁶. Zum Bei-

¹⁰⁴ Vgl. Heinrich Stuebel, Die Finanzierung der Aufrüstung im Dritten Reich, in: Europa-Archiv 1951, S. 4129; Ritschl, Deutschlands Krise, Tab. A.12.

¹⁰⁵ Vgl. Frerich/Frey, Sozialpolitik, Bd. 1, S. 267.

¹⁰⁶ Ebenda, S. 267 u. S. 300 f.; siehe auch Germany, Internal Affairs, 1930–1941, Film 28, Department of State, Advisor on International Economic Affairs, The economic and financial position of Nazi Germany, 29. 8. 1938, S. 14.

spiel erhielt das Unternehmen Reichsautobahnen aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung Darlehen, die bis 1945 auf die gewaltige Summe von 3,4 Milliarden RM angestiegen waren¹⁰⁷. Die im Vergleich zu 1928 höheren Aufwendungen der Sozialversicherung im Dritten Reich wurden also keineswegs zur Gänze deren eigentlichen Zwecken entsprechend verwendet. Insofern erscheint es fraglich, ob der in der Tabelle ausgewiesene leichte Vorsprung der NS- gegenüber der Weimarer Zeit an so gemessener Sozialstaatlichkeit tatsächlich gegeben war. Auf jeden Fall gilt aber, dass das „NS-Wirtschaftswunder“ in dieser Hinsicht weit hinter dem Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik zurückstand.

Schließlich ist noch die Entwicklung des Lebensstandards breiter Schichten der Bevölkerung in den Blick zu nehmen. Das bereits geschilderte Geschehen auf dem Textilsektor und die Handhabung des Neuen Plans zeigten ja bereits deutlich die Stoßrichtung des Regimes bei der Lösung von wirtschaftlichen Problemen, die sich aus dem Zusammenprall von breiter konjunktureller Belebung und massiver Aufrüstung ergaben. Bei Zielkonflikten hatten die Rüstungsanstrengungen immer Priorität, und zwar sehr häufig auf Kosten der Konsumenten. Dabei war man, abgesehen von der Kürzung der Rohstoffzuteilungen für die Konsumgüterindustrie, nicht wählerisch beim Einsatz noch weiterer Instrumente, um die Steigerung des privaten Verbrauchs abzubremsen. Generell wurden die Tariflöhne durch die staatlichen Treuhänder der Arbeit eingefroren, teilweise wurde sogar untertarifliche Bezahlung toleriert oder gar zugelassen¹⁰⁸. Die durchschnittlichen effektiven Stundenlöhne stiegen zwar seit 1934 dennoch an, aber nur sehr langsam. 1935 waren sie im Mittel um vier Prozent höher als 1933. Da sogar der offiziell ausgewiesene Lebenshaltungskostenindex sich im gleichen Umfang erhöht hatte, nahmen die realen Stundenlöhne also keinesfalls zu. Ja, schlimmer noch, praktisch verringerten sie sich sogar, zum einen, weil die Lohnabzüge 1935 im Schnitt größer waren als 1933 und zum anderen möglicherweise auch deshalb, weil die Verbraucherpreise, wie vielfach vermutet, stärker gestiegen sein könnten als offiziell ausgewiesen¹⁰⁹. Auf jeden Fall aber wurde es nun offensichtlich, dass das Regime Preissteigerungen für Konsumwaren durch seine Politik provozierte. So zogen die Preise für Bekleidung selbst ausweislich der offiziellen Statistik von 1933 bis 1935 um gut zehn Prozent an¹¹⁰, was, wie gesehen, eine Konsequenz der Beschränkung der Einfuhr von Textilfasern zugunsten rüstungswichtiger Rohstoffe war. Die Großhandelspreise für Agrargüter erhöhten sich in derselben Zeit gar um 18 Prozent, weil das Regime damals noch die Politik verfolgte, die Bauern besser zu stellen – allerdings wiederum auf Kosten nicht zuletzt der Konsumenten. Letztere hatten laut

¹⁰⁷ BA Berlin, R 2 Anh./79, Die Finanzierung der Autobahnen und ihrer Nebenbetriebe.

¹⁰⁸ Vgl. Hachtmann, *Industriearbeit*, S. 92–100.

¹⁰⁹ Entwicklung der Arbeitsverdienste in den letzten 10 Jahren, in: *Wirtschaft und Statistik* 1938, S. 158–161; *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich* 1936, S. 294; vgl. Steiner, *Neuschätzung*, S. 131 f., wo verschiedene zeitgenössische Schätzungen der Zunahme der Lebenshaltungskosten erwähnt werden.

¹¹⁰ Vgl. auch für die folgenden Angaben, *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich* 1936, S. 280 u. S. 294.

offiziell dem Index für Nahrungsmittel daher sechs Prozent mehr zu zahlen. Derartige Preiserhöhungen wirkten verbrauchsbeschränkend, wodurch der Spielraum für die Rüstung vergrößert wurde. Da ihnen in keiner Bedarfskategorie größere Preissenkungen gegenüberstanden, führten sie bei vielen Konsumenten verständlicherweise zu einem Gefühl der erheblichen Verteuerung alltäglicher Güter und einer merklichen Verschlechterung ihrer Lebenshaltung. Das war auch der Eindruck, den das Amerikanische Generalkonsulat Berlin gewann, als es das relativ zum Vorjahresergebnis etwas geringere Aufkommen an Spenden für das Winterhilfswerk in der Kampagne 1935/36 kommentierte; dies nämlich sei „eine Widerspiegelung der wachsenden Schwierigkeiten, denen sich die große Masse des deutschen Volkes in Folge der Preissteigerungen [...] bei gleichbleibenden oder sinkenden Durchschnittslöhnen gegenüber sieht“¹¹¹. Etwa zur selben Zeit schrieb auch die Reichskreditgesellschaft, den Zusammenhang zwischen Konsum und Rüstung richtig hervorhebend: „Das deutsche Volk bezahlt die bedeutenden Aufwendungen, die der Wehrfreiheit und dem Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft dienen, dadurch, dass jeder einzelne sich in seinen Verbrauchsaufwendungen etwas einschränkt.“¹¹²

Wie Tabelle 6 zeigt, galt dies auch noch 1938. Denn trotz des Booms der Industrieproduktion, die sich zwischen 1932 und 1938 weit mehr als verdoppelte, und einer glänzenden Gewinnentwicklung¹¹³ erhöhten sich die nominalen Bruttostundenlöhne der Industriearbeiter in der gleichen Zeit lediglich um 10 Prozent, woran das Fehlen einer Interessenvertretung der Arbeiter nach der Zerschlagung der Gewerkschaften ganz deutlich wird. Die Bruttowochenlöhne stiegen um rund 30 Prozent, allerdings vor allem aufgrund einer wesentlich längeren Wochenarbeitszeit. Damit nicht genug, waren aber auch die Lohnabzüge beträchtlich gestiegen, wie in Zeile 3 der Tabelle ersichtlich. Sogar die vielgepriesene Entlastung von Familien mit Kindern war gerade in Arbeiterkreisen, jedenfalls im Vergleich zu 1928, gering. So ging sie für Familien mit einem Kind bei einem Jahreseinkommen von 2400 RM von 3,3 auf 2,99, mit drei Kindern von 0,83 auf 0,26 Prozent zurück. Dagegen lagen 1938 die Arbeitnehmerbeiträge zur Arbeitslosenversicherung auch für Familien immer noch auf dem Krisenniveau von 3,25 Prozent, während sie 1928 nur 1,5 Prozent betragen hatten¹¹⁴. Da, wie gezeigt, die in einer Situation der Vollbeschäftigung hieraus erwachsenden Überschüsse der Arbeitslosenversicherung zu erheblichen Teilen zur Finanzierung allgemeiner Reichsaufgaben verwendet worden sind, erscheint das in Arbeiterkreisen verbrei-

¹¹¹ Germany, Internal Affairs, 1930–41, Film 28, Consulate General Berlin, Preliminary results of the winter relief campaign 1935/36, 30. 3. 1936.

¹¹² Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1935/36, S. 36.

¹¹³ Vgl. dies., Deutschlands wirtschaftliche Lage in der Jahresmitte 1939, S. 4; Spoerer, Scheingewinne, S. 147.

¹¹⁴ Die Entwicklung der Arbeitsverdienste in den letzten 10 Jahren, in: Wirtschaft und Statistik 1938, S. 160 f.

Tabelle 6: Durchschnittliche Verdienste¹ von Industriearbeitern²

1	1928	1932	1938	1944 ³	1948	1954	1960
1) Nominaler Stundenlohn, brutto (Pfg.)	90,1 ⁴	71,5 ⁴	78,6	90,1	103,4	166,8	268,6
2) Nominaler Wochenlohn, brutto (RM/DM)	42,80 ⁴	29,50 ⁴	38,20	43,50	43,60	81,00	122,50
3) Lohnabzüge (%)	11,5	12,5	15,0 ⁵	•	•	14,0 ⁶	15,9 ⁶
4) Lebenshaltungskostenindex (1938 = 100)	120,8	96,0	100 114 ⁹	112,6 ⁷	168,3 ⁸	168,7	187,9
5) Realer Stundenlohn, netto (Pfg.; Preise von 1938)	66,0	65,2	66,8 58,6 ¹⁰	(80,0) ¹¹	(61,4) ¹¹	85,0	120,2
6) Realer Wochenlohn, netto (RM/DM; Preise von 1938)	31,40	26,90	32,50 28,50 ¹⁰	(38,60) ¹¹	(25,90) ¹¹	41,30	54,80
7) Durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit (Std.)	47,5	41,3	48,6	48,3	42,2	48,6	45,6

¹) Jahresdurchschnitte; mit Rundungsfehlern.

²) Alle Kategorien; männlich und weiblich; gewogen.

³) März; Großdeutschland.

⁴) Berechnet mit Hilfe des Lohnindex (1936 = 100) nach Wirtschaft und Statistik 1938, S. 159.

⁵) 1937; inklusive 1,5 % DAF-Beitrag.

⁶) Summe der Lohnabzüge in Prozent der Bruttolohn- und -gehaltssumme aller unselbstständig Beschäftigten.

⁷) Für den Teilindex der Ernährung berechnet auf Basis der jeweiligen Versorgungslage und Rationen (Statistisches Handbuch, S. 463).

⁸) 2. Halbjahr.

⁹) Korrigierter Lebenshaltungskostenindex nach Steiner, Neuschätzung.

¹⁰) Berechnet mit Hilfe des korrigierten Lebenshaltungskostenindex.

¹¹) Bruttoreallöhne.

Quellen: Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944, München 1949, S. 469; Die Entwicklung der Arbeitsverdienste in den letzten zehn Jahren, in: Wirtschaft und Statistik 1938, S. 158–161; Statistisches Bundesamt, Wirtschaftskunde der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1955, S. 400; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. 1961, S. 550; 1963, S. 484, S. 497 u. S. 544; André Steiner, Zur Neuschätzung des Lebenshaltungskostenindex für die Vorkriegszeit des Nationalsozialismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2005/2, S. 146.

tete Gefühl, einer „getarnten Steuer für die unselbständigen [!] Schaffenden“ zu unterliegen, insoweit berechtigt gewesen zu sein¹¹⁵. Klar ist jedenfalls, dass dies durch die Steuerentlastung für kinderreiche Arbeiterfamilien bei weitem nicht wettgemacht wurde. Dies ist demnach ein weiterer Hinweis darauf, dass die Sozialstaatlichkeit des Dritten Reichs viel geringer war als vielfach angenommen.

Im Durchschnitt belief sich der nominale Nettowochenlohn von Industriearbeitern 1938 also auf rund 32 RM, während er 1928 etwa 38 RM betragen hatte. Damit war die Summe, die der Arbeiter pro Woche ausbezahlt erhielt, 1938 um mehr als 15 Prozent niedriger als 1928. Man kann davon ausgehen, dass dies von den Arbeitern, unabhängig von der Kaufkraft, registriert wurde, denn der Geldlohn wird, außer in Zeiten starker Inflation, auch heute noch vielfach als Maß für den Lebensstandard angesehen. Allerdings löste gerade die Entwicklung der Kaufkraft in Arbeiterkreisen angesichts des Tariflohnstopps den größten Ärger aus. Zwar lagen die Verbraucherpreise gemäß des offiziellen Index 1938 um 17 Prozent unter dem Niveau von 1928. Tatsächlich dürften die Lebenshaltungskosten 1938 aber höher gewesen sein als vom Statistischen Reichsamt ausgewiesen.

¹¹⁵ 1. Vierteljahreslagebericht 1939 des Sicherheitshauptamtes, in: Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, Herrsching 1984 f., Bd. 2, S. 324.

Der Grund dafür waren aber nicht etwa absichtliche Manipulationen. Vielmehr handelte es sich eher um Probleme der Indexbildung, die sich in einer stark regulierten, angebotsbeschränkten Wirtschaft potenzierten. Dazu gehörten vor allem statistisch nicht erfasste Qualitätsverschlechterungen, die keinen Niederschlag in geringeren Preisen fanden, sowie die mangels entsprechender Angebote erzwungene Substitution von preiswerteren durch teurere Produkte bei den Verbrauchern.

Daher war das in Tabelle 6 angegebene korrigierte Niveau der Lebenshaltungskosten für 1938, wie es André Steiner in einer sorgfältigen Analyse des Problems ermittelt hat, wohl durchaus realistisch¹¹⁶. Wenn dem aber so war, dann entsteht ein überraschend negatives Bild von der Entwicklung des Lebensstandards der Arbeiterbevölkerung im NS-Wirtschaftswunder. Der reale Stundenlohn lag 1938 nämlich netto im Mittel noch unter Krisenniveau. Der reale Nettowochenverdienst war zwar um gut fünf Prozent höher als 1932, jedoch lediglich aufgrund einer um fast acht Stunden (ca. 20 Prozent) längeren Arbeitszeit. Nach wie vor war jedoch der durchschnittliche reale Nettowochenlohn von 1928 nicht wieder erreicht, obwohl die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden 1938 auch im Vergleich zu 1928 größer war. Das sollte jedoch während der NS-Zeit niemals der Fall sein; immerhin waren nämlich die Jahre 1938/39 die Periode des Dritten Reichs, in denen es den Arbeitern materiell noch am besten ging.

Seit dem Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise waren damals sechs bis sieben Jahre vergangen. Daher erscheint ein Vergleich des Lebensstandards von Arbeitern 1938 mit dem von 1954, sechs Jahre nach der Währungsreform und dem Beginn des Wirtschaftswunders in der Bundesrepublik, statthaft. Zwischen dem zweiten Halbjahr 1948 und 1954 stiegen sowohl die realen Nettostunden- als auch die realen Nettowochenlöhne, ausgehend von einem Niveau noch unter dem von 1932, beträchtlich an. 1954 übertrafen sie den Stand von 1938 um gut 40 Prozent, und zwar bei exakt gleicher wöchentlicher Arbeitszeit. Und im Unterschied zur Vorkriegszeit setzte sich die für die Arbeiter so positive Entwicklung weiter fort, so dass 1960 die realen Nettowochenlöhne, nun bei einer kürzeren Arbeitszeit, sogar knapp das Doppelte ihres Niveaus von 1938 erreicht hatten, wobei damals ebenfalls Vollbeschäftigung herrschte.

Vollbeschäftigung bzw. der rasche Abbau der Arbeitslosigkeit war allerdings, wie bereits angedeutet, eine wichtige Mitursache dafür, dass trotz schlechter Reallohne die Unzufriedenheit unter den Arbeitern in den ersten Jahren des Dritten Reichs gedämpft blieb. Neu eingestellte ehemalige Arbeitslose waren „aus Angst vor Arbeitsplatzverlust mit Kritik besonders zurückhaltend“¹¹⁷. Das war auch insofern sehr verständlich, als sie zuvor in Form von Erwerbslosenunterstützung nur etwa ein Drittel des Normalverdienstes bezogen hatten¹¹⁸. Demgemäß erhöhte

¹¹⁶ Vgl. Steiner, Neuschätzung, S. 146.

¹¹⁷ Morsch, Arbeit und Brot, S. 215.

¹¹⁸ Die Entwicklung der Arbeitsverdienste in den letzten 10 Jahren, in: Wirtschaft und Statistik 1938; vgl. Andreas Kranig, Lockung und Zwang. Zur Arbeitsverfassung im Dritten Reich, Stuttgart 1983, S. 167.

sich der Lebensstandard für die Gruppe der ehemals Arbeitslosen eindeutig und recht beträchtlich. Dennoch trat mit der Zeit offenbar ein Gewöhnungseffekt ein, sodass ein nachhaltiger erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit für immer weniger wahrscheinlich gehalten wurde. Dadurch dürfte jedoch die negative Wirkung, die von den dauerhaft niedrigen Nettoeallöhnen auf die Stimmung der Arbeiter ausging, weniger und weniger durch die positive der Beseitigung der Arbeitslosigkeit kompensiert worden sein. Ein zunehmender Arbeitskräftemangel wurde immer offensichtlicher und löste obendrein immer schärfere Zwangsmaßnahmen aus, die der Deckung des als vordringlich eingeschätzten Arbeitskraftbedarfs dienen sollten¹¹⁹. Es erscheint demnach durchaus fraglich, ob wirtschaftliche Faktoren dauerhaft dazu beitrugen, dem Regime bei den Arbeitern eine gewisse Mindestloyalität zu sichern¹²⁰. Auf jeden Fall aber kann die Entwicklung des durchschnittlichen Lebensstandards der Industriearbeiter als ein weiteres wichtiges Indiz für die Deformation des Wachstums in der NS-Zeit angesehen werden.

¹¹⁹ Vgl. Hachtmann, *Industriearbeit*, S. 42–44; Kranig, *Lockung*, S. 73–76.

¹²⁰ So auch Morsch, *Arbeit und Brot*, S. 466.